

Preußens innere Politik.

Beratung des Etats des Innenministeriums im Landtag.

Willen, den Krieg als Rechtseinrichtung zu beseitigen, hat sich die frühe Initiative der britischen Arbeiterpartei auf der letzten, der zehnten Bundesversammlung gegen das doppelte Gesicht des heutigen Völkerrechts gewandt. Auf ihren Antrag hin beschloß die Völkerbundsversammlung grundsätzlich die Anpassung der Völkerbundsatzung an den Kellogg-Pakt, das heißt also die Ausschaltung des Krieges aus dem Völkerbundsrecht, und beauftragte den Völkerbundsrat, zur Durchführung dieser Verfassungsrevision eine Eiferkommission einzusetzen. In seiner Januartagung berief der Rat darauf fünf Angehörige der ständigen Ratsmächte — Geheimrat von Bülow, Viscount Cecil, den Deputierten Cot, den Völkerrechtsgelahrten Scialoja, den bisherigen japanischen Botschafter in Paris Adachi — und sechs aus den übrigen Staaten, Universitätsprofessor Urdén aus Upsala, Titulescu (Rumänien), Sokal (Polen), je einen Spanier, Peruaner und Chinesen.

Die Aufgabe dieser Kommission ist also, Änderungen der Völkerbundsverfassung so auszuarbeiten, daß der Krieg ausgeschaltet wird. Als erstes Hauptproblem wird dabei, wie schon bei den Verhandlungen über den Kellogg-Pakt, das Recht auf den Verteidigungskrieg ausgetauscht. Hier kommt es darauf an, daß sich die Staaten nicht wieder den Verteidigungskrieg, das heißt die volle Enzifferung ihrer militärischen Kräfte, vorbehalten. Das was ihnen nur bleiben darf, ist das Recht, sich zu verteidigen, das heißt einen Gegner so weit abzuwehren zu dürfen, als zur Selbsterhaltung bis zum Eingriff des Völkerbundes und mit seiner Unterstützung notwendig ist. Die Verteidigung gegen einen Angriff darf nicht in den Gegenangriff, die Ueberwältigung und Bestrafung des Angreifers durch den einzelnen übergehen. Die Verteidigung muß letztlich auf der organisierten Völkergemeinschaft selber beruhen. Keine wie immer geartete Form des individuellen Krieges darf völkerrechtlich übrigbleiben. Die Stärkung der Vatsbefugnisse gegenüber einem Angreifer, wie sie in dem Rodellovertrag für die Kriegsverhütung niedergelegt ist, wird zugleich in die Friedensordnung aufzunehmen sein, um Reaktionen zum Angriff auf der einen oder anderen Seite frühzeitig zu bekämpfen.

Aber mit der Ueberwindung des Krieges, damit also auch des individuellen Verteidigungskrieges, wäre die konstruktive Aufgabe der Eiferkommission nicht erschöpft. Wird der Krieg als politisches Kampfmittel ausgeschaltet, so müssen die friedlichen Methoden des Kampfes vervollständigt und bis zum Ende der friedlichen Revision unanwendbar gewordener Verträge weitergeführt werden. So sicher die Kämpfe der Klassen im offenen Bürgerkrieg ausarten, wenn sie nicht in Arbeitsgerichten, Schlichtungsausschüssen und in Parlamenten vom Bezirk bis zum Reich geordnet verlaufen, ebenso sicher brechen die politischen Kämpfe der Völker in offenen Krieg aus, wenn es nicht für alle Konflikte rechtlich geordnete Bahnen zu ihrer Lösung gibt. Es ist ein besonderes Verdienst der in Genf der Eiferkommission von der Reichsregierung überreichten „Bemerkungen“, daß sie u. a. die Notwendigkeit des Ausbaues des schiedsrichterlichen Schlichtungsverfahrens in den Vorkriegsgrundstellen. Ist dem aber so, dann nehmen sie ihrerseits in ständlicher Weise die für die Dauer wertvollen Gedanken wieder auf die zuerst im Protokoll, dann in der Generalakte, in vielen Schiedsverträgen und Entwürfen von Generalabkommen niedergelegt sind. Das Verfahren zur Regelung aller politischen Streitfragen nicht nur aus dem Interesse der nächstbeteiligten, sondern aus dem übergeordneten Interesse der Gesamtheit am Frieden heraus in die Völkerbundsatzung einzubauen, wird die zweite, der ersten ebenbürtige Aufgabe der Kommission sein.

Die Verhandlungen über die Verfassungsrevision haben im vergangenen September in voller Öffentlichkeit begonnen. Es ist auch für die kommenden Beratungen zu fordern, daß feinerer Geheimnisräumerei einreißt und die Kontrolle der Öffentlichkeit vollständig gewahrt wird. An der Weltöffentlichkeit selbst ist es, mit großer Aufmerksamkeit lesen Beratungen zu folgen, in denen es um die vollständige Beseitigung des Krieges, zunächst aus dem Völkerrecht, geht.

Völkerbundsgefellschaften fagen in Brüssel.

W. Schw. Brüssel, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Der Rinderheitenkommission des Weltverbandes der Völkerbundsgefellschaften erstattete hier die holländische Botschafterin über eine Balkanreise durch Norditalien, Südslowenien und Rumänien und machte dabei sehr unangenehme Feststellungen über die Rinderheitenunterdrückungen in diesen Ländern, die für westeuropäische Kulturbegriffe untragbar seien. Da der Bericht vor kurzem in der Rinderheitenmonatsschrift des Weltverbandes erschienen war, wurde von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, die Einstellung dieser Sachliche über die Lage der Rinderheiten berichtenden Schriften zu erzwingen. Dieser Versuch, das einzige internationale Rinderheitenorgan zu unterdrücken, wurde jedoch abgewehrt.

In der politischen und Rechtskommission bekämpfte namentlich die französische Delegation jede weitere Debatte über die rechtliche Tragweite des Artikels 19 der Völkerbundsatzungen über die Revision von unanwendbaren Verträgen. Im Hinblick jedoch auf die Entschiedenheit der letzten Völkerbundsversammlung zu dieser Frage bleibt das Problem auf der Tagesordnung des nächsten in Genf stattfindenden Kongresses des Weltverbandes. Die ukrainische Völkerbundsgefellschaft beantragt, die Zugehörigkeit einer zukünftigen ukrainischen demokratischen Republik zu einer europäischen Staatenvereinigung zu prüfen. Im Hinblick auf seine weittragende politische Bedeutung wurde das Problem der östlichen Grenze eines europäischen Staatenbundes von der Kommission selbst noch nicht geprüft; es wird aber weiter verfolgt werden.

Zwar Kreuger auch in Danzig.

Bündelholzmonopol in Verbindung mit einer Anleihe.

Die Svenska Ländska Utiebolaget, Stockholm, teilt mit, daß zwischen der Gesellschaft und der freien Stadt Danzig heute ein Abkommen geschlossen wurde, durch das die Gesellschaft das Alleinrecht auf Herstellung und Verkauf von Bündelholz für eine Zeit von 33 Jahren erhält. Nach dem Abkommen zahlt die Gesellschaft an die freie Stadt Danzig eine einmalige Summe von 1 Million Danziger Gulden und gewisse jährliche Abgaben. Die freie Stadt Danzig erhält außerdem eine Anleihe von 1 Million Dollar zu einem Zinssatz von 6 Proz. und einem Uebernahmesturz von 93 Proz. Das Abkommen ist unmittelbar nach der Ratifizierung durch den Danziger Volksrat in Kraft.

Der Preussische Landtag begann am Montag mit der zweiten Lesung des Etats des Innenministeriums, die diesmal in Abwesenheit des Innenministers Erzelsinski stattfand, da dieser an Grippe erkrankt ist und zu Bett liegt. Gleichfalls zur Beratung steht ein Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den Innenminister.

Nach kurzen Ausführungen des Berichterstatters, Abgeordneten Heilmann (Soz.), begründet

Abg. Schwenk (Komm.) das Mißtrauensvotum in längeren Ausführungen mit dem Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes, den Polizeistationen gegen die Kommunisten am 1. Mai und in der Folgezeit.

Hierauf beginnt die Aussprache über den Etat und zwar zunächst ohne den Abschnitt Polizei und Landjäger.

Staatssekretär Dr. Wegg.

Der Innenminister vertritt, bedauert dessen Erkrankung, stellt jedoch in Aussicht, daß Minister Erzelsinski nach zu erhoffender baldiger Genesung die beiden großen Vorträge über die Verwaltungsreform und die Neuorganisation von Groß-Berlin selbst einbringen und vertreten werde. Die Ruhe und Sicherheit des Staates, deren Wahrung Aufgabe der Polizei ist, sei gewährleistet. Die hier und da sich zeigende Unruhe habe zweifellos in der wirtschaftlichen Not und in der politischen Verblendung ihre Ursachen. Das würde sich aber mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage von selbst ändern.

Sollten sich die radikalen Gruppen von rechts und links nicht selbst Beschränkung auferlegen, dann würden sie die staatlichen Machtmittel zu späten bekommen.

Die in der letzten Zeit sich steigenden Aktionen der Kommunisten seien ein Beweis ihrer Schwäche. Bei den Rationalsozialisten werde sich die Unfähigkeit, praktische Arbeit zu leisten, sehr bald erweisen.

Der Staatssekretär tritt sodann der Legende entgegen, daß der Minister über vier Wohnungen verfüge. Er habe in Wirklichkeit nur eine Wohnung inne, und zwar sei das nicht die Ministerwohnung. Die von Rechtskreisen ausgestreute Verdächtigung sei deshalb völlig haltlos. Aber gerade dieser Vorfall sei der beste Beweis für die Richtigkeit eines Wortes, das von einem Rechtspolitiker kommt: daß man endlich aufhören solle, politisch Andersdenkende zu diffamieren. In der heutigen Zeit sei das Amt eines Ministers ein Opfer und kein Vorteil.

Abg. Kretzel (Dnat.) ist ebenfalls der Meinung, daß man politisch kämpfen könne, ohne andere persönlich herabzusetzen. Wenn seine Freunde sich öfter trübsalig mit dem Innenminister beschäftigten, so seien sie der Meinung gewesen, daß ein Minister seinen Beamten stets mit gutem Beispiel vorangehen solle. Die Wichtigkeit der Grenzfrage für die Grenzgebiete habe der Minister zwar anerkannt, doch gehe die Regierung nicht mit dem nötigen Ernst an die Sache heran. In den letzten Jahren seien allein 21 000 Personen aus den Grenzgebieten abgewandert, davon der größte Teil im Alter von 15 bis 30 Jahren. Diese Sandflucht sei nicht, wie die Sozialdemokraten behaupten, mit schlechter Behandlung und niedrigen Löhnen zu erklären. Höhere Beamte hätten es in der Korridorfrage gegenüber Polen an der richtigen Einstellung fehlen lassen. Die Einstellung von Regierungsstellen zu Setzungen und Rundfunkreden, die gegen die Kriegsschuldigen arbeiten, verdiene schärfste Kritik. In der Personalpolitik sei der Minister parteipolitisch eingestellt, wie die Beiseitigung des deutschnationalen Landrats Gotscheiner, der Reichstagsabgeordneter ist, beweise. Für das Mißtrauensvotum der Kommunisten werde seine Fraktion kämpfen, ohne sich die Begründung zu eigen zu machen.

Abg. Hubert (Soz.):

Wir bedauern aufrichtig die Erkrankung des Ministers und hoffen auf seine baldige Wiederherstellung. Die Beschränkung des Vortrags über die Personalpolitik ist insofern unbedeutend, als insbesondere im Falle des deutschnationalen Landrats Gotscheiner die Regierung außerordentlich vorsichtig gewesen ist. Im alten Staat hat die Regierung allerdings anders auf die Disziplin der Beamten gehalten, wie es sich zum Beispiel an dem Vorgehen gegen die Rometreben gezeigt hat. Der Vorwurf, daß aus politischen Gründen deutschnationale Beamte vernachlässigt oder schikaniert werden, kann schon deshalb nicht erhoben werden,

weltweit in Preußen noch immer 80 Kreise mit einer Einkommensgrenze haben, in denen rechtsstehende Leute Candidat sind.

(Hört, hört! bei den Soz.) Wenn hier solche Einzelfälle vorgebracht werden, so ist es nicht weiter als politische Beeinflussung, die sich im Lande auswirken soll. Daß eine Verwilderung der politischen Sitten eingetreten ist, beweisen die unzulässigen kleinen Anträge, die in Beschwerden über republikanische Beamte bewußt private Angelegenheiten hervorgerissen, die absolut nichts mit der Amtstätigkeit zu tun haben. Das geschieht, um der politischen Revolverpresse Gelegenheit zu geben, unter dem Schutze der Immunität solche Dinge sensationell auszusprechen. Das sind die Methoden der politischen Brunnenerfüllung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ganz unbedeutend sind auch die Beschwerden der Kommunisten über die Beeinträchtigung der politischen Meinungsfreiheit.

Wir halten das Verbot der radikalen Verbände von rechts und links für berechtigt, denn die politische Verheerung hat in den letzten Jahren zu Mord und Totschlag geführt.

(Zuruf von den Kommunisten: Denkt an die Maiopfer!) Diese Opfer sind durch die Gewissenlosigkeit der Kommunisten gefallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Entwicklung zu solchen Zuständen sind nur eine Folge der Aufhebung des Republikanengesetzes. Als dabei im Reichstag von Kommunisten und Rationalsozialisten der Ruf ertönte: Wir sind frei war das die Stimme des politischen Romdiums. Gegenüber solchen Elementen zieht die Arbeiterpartei einen tiefen Trennungsfurch. Besser konnte die Rolle der KPD nicht charakterisiert werden, als durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die von einer nützlichen Funktion der KPD sprach, solange sie als Pfahl im Fleische der SPD wirkte. Damit ist die KPD als Werkzeug der Reaktion von den Rechtsparteien, und zwar mit vollem Recht, anerkannt. Die intransigente Haltung der Kommunisten hat es verschuldet, daß jetzt in Sachsen, Thüringen und Westfalen-Schwernin die Reaktion im Sattel sitzt. Mit ähnlichen Experimenten, wie die Befehle der Opel-Werke, haben auch jederzeit die Kommunisten in Italien Mussolini in den Sattel geholfen. Dabei haben wir allerdings die eine Hoffnung, daß die KPD der deutschen Arbeiterpartei nicht auf die Dauer jeztlich werden kann, solange sie von Scharlatanen geführt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Rationalsozialisten, die zur Zeit am besten durch Hugenberg gefördert werden, sind weder eine Arbeiterpartei — sie leben bekanntlich von den Subventionen der Großindustrie — noch sind sie sozialistisch. Sie sind die Partei des Raubhändeltums, die von Moral trieft, aber nach dem Urteil des Herrn von Müde aus erster Zusammenarbeit heraus der korrupteste Gauladen ist, der existiert.

Nachdem die Leistung des Stahlhelms offen zum Amtsmißbrauch, zur nationalen Revolution und zur Vorbereitung der Diktatur ausreift, sollte die Regierung das nicht unbegrüßelt lassen. In der Haltung des Ministeriums zu diesen Dingen sehen wir eine viel zu weit getriebene Duldung der Regierung.

(Sehr wahr! bei den Soz.)

Zum Schluß geht der Redner noch auf die Vorwürfe über angebliche Mißwirtschaft in den Kommunen, insbesondere in Berlin ein. Man dürfe nicht vergessen, daß Berlin durch einen jährlichen Zugang von 30 000 Ortsfremden vor große soziale Aufgaben gestellt wird. Die Notlage der Gemeinden sei nicht von ihnen selbst verschuldet, sondern eine Folge der gedrückten Konjunktursituation und der Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung, die in erster Linie die Wohlfahrtsausgaben der Städte erhöhe. Notwendig sei für die Landgemeinden zur Linderung der Not die Ueberweisung von Erzeugniszuschüssen und im allgemeinen eine Änderung des Finanzausgleichs. Ersparnisse seien nur durch einen Umbau der Verwaltung von Reich und Staat zu erzielen. Deshalb begrüße die sozialdemokratische Fraktion die für Preußen angekündigte Verwaltungsreform, die hauptsächlich dazu beitragen werde, daß der freie Geist der Republik auch in die Amtsstuben der Behörden einzieht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Veeder (Z.) hält es für merkwürdig, daß der Staat in wichtigen Stellen Beamten bilden soll, die gegen ihn arbeiten. Es sei bedauerlich, daß durch das Parallelsystem Reich-Preußen die Verwaltungsreform erschwert wird. Preußen müsse an eine fundamentale Änderung des Grenzprogramms herangehen. Gegenüber dem politischen Romdium müsse der Staat mit aller Schärfe vorgehen.

Abg. von Egners (D. Sp.) glaubt, daß im Lande nicht dieselbe Ruhe herrsche wie im Landtag bei der Etatsberatung. Das Verbot von Umzügen sei an sich gerechtfertigt, aber Ausnahmen seien keine polizeiliche, sondern eine politische Maßnahme. Die Polizei solle Gefahren bekämpfen, aber keine Politik machen. Der Redner wendet sich sodann den Fragen der Kommunalreform zu. Bei dem jetzigen System der Kommunalverwaltung habe man kein Vertrauen mehr zu den wirtschaftlichen Unternehmungen der Kommunen.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen und auf Dienstag, 12 Uhr, vertagt.

Innere Reparatur?

Eine neue preussisch-bayerische Auseinandersetzung.

Das Reich hat dem preussischen Staat zugesichert, daß es für die Entschädigungsansprüche, die aus dem Polenvertrag an den preussischen Staat gestellt werden würden gerade stehen wolle. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ hat aus diesem Anlaß eine heftige Polemik gegen Preußen begonnen. Sie hat auf die bayerischen Entschädigungsforderungen für die Post verwiesen, und hat damit die Debatte über die innere Reparatur aufs neue entfacht.

Der Amtliche Preussische Pressedienst antwortet mit großer Entschiedenheit. Er rechtfertigt die Haltung Preußens in folgenden Ausführungen:

„Preußen hat keine Bedenken gegen das polnische Liquidationsabkommen nicht deshalb aufgegeben, weil ihm des Reichs gelbliche Zusicherungen gemacht hat, sondern weil es, da die Reichsregierung damals wie auch heute darauf bestand, daß das Young-Plan-Abkommen zusammen mit dem Liquidationsabkommen als einheitliches Ganzes verabschiedet werden müsse, dem Reich nicht in den Rücken fallen wollte, und das umso weniger durfte, als Preußen die befehligen und nicht hier noch einmal zu erörternden Vorteile des Young-Plans genau so wie die Reichsregierung einschätzt. Preußen, das unter dem Krieg im Gegenlag zu allen anderen deutschen Ländern durch Geheiß und Vermögensverluste auf das schwerste gelitten hat, hat bisher von dem Reich dafür keine einigermaßen angemessene Entschädigung erhalten. Es sieht ein, daß die Reichsfinanzlage ihm zur Zeit die Auszahlung einer vollen Entschädigung nicht gestattet, es weigert sich aber, nunmehr zu diesen Verlusten noch neue Zahlungsverpflichtungen auf sich zu nehmen, wie sie etwa durch das polnische Liquidationsabkommen entstehen könnten. Preußen hat daher von dem Reich verlangt und zugesichert bekommen, daß, falls gelbliche Ansprüche von irgendeiner Seite an Preußen aus dem Liquidationsabkommen erhoben werden, das Reich für diese Ansprüche gerade steht.“

Bei dieser Polemik erfährt man auch, daß das Reich zugesichert hat, daß es nunmehr den Ansprüchen aller Länder auf Entschädigung durch Verluste an Gebieten, Post, Eisenbahn usw. durch ein demnächst zu erlassendes Abrechnungs-gesetz gerecht werden wird.

Urteil im Molinari-Prozess.

Das Ende einer literaturberühmten Firma.

Breslau, 24. Februar.

Nach dreiwöchiger Verhandlung wurde am Montag im Molinari-Prozess das Urteil verkündet. Der Prozeß beanspruchte deshalb besonderes Interesse, weil es sich um die altangesehene, seit über 100 Jahren im Besitz der Familie Molinari befindliche Firma handelt, die den Schwierigkeiten der Inflationszeit auf kranke Weise zum Opfer gefallen ist. Das Haus Molinari war durch Garko Freytags Roman „Soll und Haben“ berühmt geworden.

Der Angeklagte Molinari wurde wegen Betruges und Konkursvergehens zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe oder weiteren 20 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Grzimek wegen Betruges und Konkursvergehens zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe oder weiteren 60 Tagen Gefängnis verurteilt.

In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, das Gericht habe sich davon überzeugen können, daß Konkursverbrechen vorliegt. Es fehle der Nachweis, daß die Angeklagten Molinari und Grzimek die Absicht hatten, ihre Gläubiger zu schädigen. Dagegen war das Gericht von der Schuld der Angeklagten Grzimek und Molinari überzeugt, soweit es sich um Betrug und Konkursvergehen handelte. Bei der Strafzumessung wurde strafverschärfend herangezogen, daß Molinari und Grzimek die Bankrottische Bank um 2 1/2 Millionen Mark geschädigt haben, ferner daß eine größere Anzahl von Firmen sehr schwer geschädigt wurden.

Herbert Eulenberg hat mit Didenburg-Januschou einen Vergleich geschlossen nach dem das Hohenolländisch mit der Stelle über den „Asperrischen Kumpel“ nicht weiter verkauft werden soll. In der Neuauflage soll die Stelle entfernt werden.

Von der Länderkonferenz. Der Reichsminister des Innern hat die Unterausschüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz auf Sonnabend, den 8. März 1933, zusammenberufen.

Verteidigung vom Sowjetgericht. Das Kollektiv der Kiemer Rechtsanwälte hat auf höhere Anordnung beschlossen, den „Kulaken“ und „Rep-Beuten“ Rechtsbeistand nicht mehr zu gewähren. Bereits übernommene Aufträge müssen den Mandanten zurückgegeben werden. Allerdings ist ja Anlage (sowie schon Verurteilung)

Der Polenvertrag.

Die Entschädigungsfrage vor dem Ausschuss.

Die vertrauliche Beratung der beiden Ausschüsse für die auswärtigen Angelegenheiten und den Reichshaushalt über die politische Seite des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens wurde am Sonnabend gegen Schluß der Sitzung unterbrochen, um dem Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer Gelegenheit zu geben, sich in öffentlicher Sitzung über die finanziellen mit dem Problem verbundenen Fragen zu äußern. Diese Fragen liegen äußerst verwickelt. Wesentlich aus der Erklärung des Ministers ist:

daß allen Personen, auf deren Ansprüche Deutschland in dem Abkommen verzichtet hat, eine ausreichende Entschädigung gewährt werden soll.

Diese Personen sollten nicht schlechter gestellt werden, als sie ständen, wenn das Abkommen nicht geschlossen worden wäre und sie ihren Anspruch vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht hätten durchsetzen müssen. Die Entschädigung kann jedoch im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage des Reiches nicht in bar, sondern nur in Schuldverschreibungen gewährt werden. Es liege in diesem Abkommen ein sehr erheblicher Unterschied gegenüber den Liquidationsgeschädigten, die auf Grund des Versailler Vertrages ihre Ansprüche verloren haben und mit diesen ihren Ansprüchen an das Reich vertrieben worden sind. Aus der Stellungnahme gegenüber den Po-engeschädigten könne daher ein Rückschluß auf die Fälle der Liquidationsgeschädigten nicht gezogen werden, da die letzteren Fälle vollkommen anders liegen.

Nach dem Minister sprach das Zentrum durch den Abg. Mühsa den Wunsch aus, daß eine Entschädigung all derjenigen Reichsangehörigen eintreten möge, die durch die verschiedenen politischen Ereignisse im Osten Schaden erlitten haben.

Abg. von Lindelner-Wildau (Chr. Nat. Arbeitsgemeinschaft) begründete eine Entschädigung, in der die Reichsregierung ersucht wird:

1. Die Beiträge, die an dem für die Durchführung des Kriegsschadenschlußgesetzes in Aussicht genommenen Entschädigungskapital von 1388,1 Millionen Reichsmark gepart werden, zunächst der Liquidations- und Gewaltgeschädigten zu verwenden, wobei insbesondere die Entwürfen und wiederaufbauenden Geschädigten berücksichtigt werden sollen, deren Wiederaufbau durch die Umstände des Einzelfalles, insbesondere auch durch die Art der Entschädigung bisher verhindert oder erheblich beeinträchtigt worden ist;

2. Richtlinien für die Verwendung des Ueberschusses aufzustellen und dem 18. Ausschuss des Reichstags vorzulegen.

Von den Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftspartei ging ein Antrag ein, der den entscheidenden Entschädigungsparagrafen des Beschlusses in folgender Weise geändert haben will:

„Reichsangehörige, die durch die deutsch-polnische Uebereinkunft (Artikel 1 Nr. 3 dieses Gesetzes) einen unmittelbaren Vermögensnachteil erleiden, erhalten eine angemessene Entschädigung. Hierbei dürfen die Geschädigten nicht schlechter gestellt werden, als wenn die Entschädigung nach den für die bisherige Rechtsinstanz maßgebenden Rechtsnormen festgestellt worden wäre.“

Die Entschädigung wird als verzinsliche Forderung in das Reichsschuldbuch eingetragen. Die näheren Vorschriften über die Höhe der Verzinsung und Amortisation der Reichsschuldbuchforderung erläßt der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats und nach Anhörung eines Ausschusses des Reichstags.“

Die Deutschen Nationalen wandten sich in einem Antrag dagegen, daß über Art und Umfang der Entschädigung ein Ausschuss des Reichstags nur gehört werden solle, und verlangten in einem Antrag die Worte „nach Anhörung eines Ausschusses des Reichstags“ zu ändern in „unter Zustimmung des Reichstags“. Schließlich verlangten die Deutschen Nationalen noch, in die Präambel des Beschlusses die Einfügung der Worte „nach Erfüllung der Voraussetzungen verfassungsändernder Gesetzgebung“, da sie im Gegensatz zur Regierung den Standpunkt vertreten, daß das Liquidationsabkommen verfassungsändernden Charakter habe.

Die weitere öffentliche Beratung über die finanziellen Fragen und die gestellten Anträge wurde in der Montagsitzung fortgeführt, in der neben Regierungsvorrednern zahlreiche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien das Wort ergriffen. Von den Abg. Dr. Häfner (Z.) und Coverrey (Dial.) wurde betont, die von der Regierung vorgeschlagene formale Trennung werde nichts daran ändern können, daß die neue Regelung der Polenschäden auch die übrigen Geschädigten veranlassen werde, nun ihre durch das Kriegsschadenschlußgesetz abgelehnten Ansprüche wieder anzumelden. An einer Abstimmung kam es nicht, da in gebührender Sitzung die politische Seite des deutsch-polnischen Abkommens weiter verhandelt wurde.

Umschwung in Litauen.

Sozialdemokratische Partei wieder zugelassen.

Kowno, 24. Februar. (Ost-Expreß.)

Der Direktor des Polizeidepartements hat an alle Kreispolizeichefs die Vorschrift erlassen, der Erneuerung der Organisation der Sozialdemokratischen Partei keine Hindernisse in den Weg zu legen, da der Partei die Wiederaufnahme ihrer politischen Tätigkeit gestattet ist. Ferner ist den Polizeibehörden vorgeschrieben worden, den sozialdemokratischen Ortsgruppen die Vermögenswerte wiederzugeben, die von der Regierung Wolbomaras beschlagnahmt worden sind.

Chautemps ist optimistisch.

Lardieu führt die Opposition.

Paris, 24. Februar. (Eigenbericht)

Der erste Ministerrat des Ministeriums Chautemps fand am Montag vormittag 10 Uhr statt. Das Communiqué, das mittags herausgegeben wurde, besagt lediglich, daß der Kabinett unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Chautemps sämtliche schwachen außen- und innenpolitischen Fragen durchbesprochen und der endgültige Text der Regierungserklärung festgelegt werde.

Chautemps selbst äußerte sich beim Verlassen der Kammer ausgesprochen optimistisch über die Chancen seines Kabinetts. Auch in politischen Kreisen rechnet man allgemein mit einer Knappheit, aber sicherer Mehrheit für das Ministertabell, trotz der unvorhergesehenen Gehässigkeit, mit der die Reaktion und besonders ihr gestützter Halbpost Lardieu ihm gegenübersteht. Es verläutet, daß Lardieu selbst bei der Interpellationsdebatte am Dienstag das Wort ergreifen und die erste Ladung gegen seinen Nachfolger reiten wird. Chautemps erklärte, allen Anfeindungen und Anträgen mit „stolcher“ Ruhe entgegenzutreten.

Rüstungsindustrie.

Zum Ermittlungsverfahren gegen Krupp und Thyssen.



Bei Lieferungen an das Ausland kann es natürlich vorkommen, daß deutsche Soldaten von deutschen Granaten zerrissen werden. Aber da muß Euch der Gedanke trösten, daß wir auf diese Weise den Krieg noch einige Monate länger finanzieren konnten!

Der Erfolg des Schober-Besuchs.

Bevorstehender Abschluß des Handelsvertrags.

Amlich wird durch B.Z. mitgeteilt:

Die politischen Besprechungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober und der deutschen Reichsregierung wurden heute vormittag in der Reichskanzlei zu Ende geführt. An den Besprechungen, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller stattfanden, nahm der gleiche Kreis von Teilnehmern wie am vergangenen Sonnabend teil. Der heutigen Sitzung waren am gestrigen Sonntag Einzelgespräche wirtschaftspolitischer Art vorangegangen. Auf dieser Grundlage konnte in der heutigen Aussprache über den geplanten Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Deutschland eine Einigung über die wichtigsten, bisher noch offenen Fragen erzielt werden. So kann danach mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der deutsch-österreichische Handelsvertrag binnen kurzem zum Abschluß gelangen wird. Die noch zu vereinbarenden Einzelfragen werden sofort nach Beendigung der Wiener Zollfriedenskonferenz durch die beiden Delegationen erledigt werden.

Presseempfang des Bundeskanzlers.

Vor seiner Rückreise nach Wien sprach am gestrigen Montabend Bundeskanzler Schober zu den Vertretern der in- und der ausländischen Presse.

Nach Schilderung der von uns anlässlich dieses Staatsbesuchs gekennzeichneten Wirtschaftslage Deutschösterreichs führte der Kanzler aus, man habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er als er in einem Augenblick der größten innerpolitischen Spannungen und krisenhafter Gefahren wiederum an die Spitze der Regierung getreten sei, nicht vor allem die Sanierung der Wirtschaft in Angriff genommen, sondern zunächst die Tätigkeit der Regierung auf die Verfassungsreform konzentriert habe. Die Entwicklung der Dinge habe schließlich ihm recht gegeben. Der organische Wiederaufbau der Wirtschaft sei erst in dem Augenblick denkbar, da Oesterreich wieder in den Besitz seiner vollständigen finanziellen Souveränität gelangt. Die innerpolitischen Verhältnisse des Landes seien heute in fortwährender Konsolidierung begriffen. Diese auch im Ausland vorhandene Erkenntnis habe Oesterreich auf der zweiten Haager Konferenz von dem brüderlichen Generalpardonrecht auf die Staatseinnahmen befreit.

Die österreichische Landwirtschaft hat die Welzenproduktion verdoppelt und für Roggen, Gerste und Hafer 85 Proz. des Bedarfs erreicht. Oesterreich verfüge über 444 Wasser- und Kohlenkraftwerke mit einer Leistung von 2949 Millionen Kilowatt. Die Staatsschulden sind von 2544 Millionen auf 1937 Millionen Schilling vermindert. Durch das langfristige Investitionsprogramm wird man auch zu Steuererleichterungen gelangen können.

Tuchpolitisch kann Oesterreich sich Ueberraschungen nicht leisten, es muß freundschaftliche Beziehungen mit allen Staaten unterhalten. Deshalb auch das Bemühen, mit Italien in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten. Zu seiner lebhaften Genugung hat der Kanzler von dem

Kennnterlaß der kaiserlichen Regierung

Kennnterlaß genommen, der ein Ausfluß der römischen Besprechungen sei. Er erhoffe gute Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Italien. Das Wirtschaftsprobleme betrifft vor allem die Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs mit allen Nachbarstaaten, besonders mit dem Deutschen Reich, mit dem Oesterreich sich auf das engste verbunden fühlt. Wenn auch in beiden Ländern eine gewisse Parallellität der Wirtschaftsverhältnisse hüben und drüben Interessengegensätze schafft, so müssen doch die höheren Gesichtspunkte, unter denen gerade diese Verhandlungen geführt werden, die Befriedigung der Hindernisse zum Ziel haben.

Dr. Schober schloß mit dem Wunsch, daß die Einsicht von der Schicksalsgemeinschaft, die über alle staatlichen und nationalen Grenzen hinaus mehr oder weniger alle Kulturvölker erfasse, noch größere Fortschritte machen möge, als auf den vielen internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit bisher schon geschehen sei.

Schober verließ abends mit seiner Begleitung Berlin. Neben dem Gesandten Dr. Frank und den Mitgliedern der österreichischen Gesandtschaft hatte sich Reichsaußenminister Dr. Curtius zum Abschied eingefunden. Der Reichskanzler, der zu seinem Bedauern durch Verhandlungen im Reichstag verhindert war, zu erscheinen, ließ sich durch Staatssekretär Dr. Pänder vertreten. Ferner waren Staatssekretär Dr. v. Schubert, Ministerdirektor Dr. Köpke, Polizeipräsident Jörgelbel, Polizeipräsident Dr. Weik und zahlreiche Mitglieder der österreichischen Kolonie erschienen, die bei der Abfahrt des Zuges Hochrufe auf den Bundeskanzler ausbrachten.

Der Reichspräsident hat dem Bundeskanzler zur Erinnerung sein Bild im silbernen Rahmen überreicht.

Nach 12 Jahren Bolschewismus.

Die Lebensmittelrationen in Moskau.

Aus Moskau wird der „Proger Presse“ berichtet, daß die neuen Lebensmittelrationen für die nächsten Monate herabgesetzt und wie folgt festgelegt werden:

Täglich und pro Kopf 400 Gramm Schwarzbrot. (An drei Tagen im Monat darf an Stelle der Brotration ein Pfund Mehl gekauft werden.)

An 17 Tagen im Monat 100 Gramm Brot pro Kopf.

Im Monat pro Kopf: 300 Gramm Butter (Handarbeiter: 400 Gramm); 100 Gramm Tee; 1200 Gramm Zucker; 800 Gramm Gerste, 400 Gramm Heringe (doch nur den Genossenschaftsmitgliedern); 1 Liter Spiritus für Kochzwecke.

Eier, Milch, Reis und Mehl werden nur solchen Familien gewährt, die Kinder unter zwölf Jahren zählen.

Für jedes Kind erhält man: 15 Eier im Monat, 1/2 Liter Milch an 24 Tagen im Monat, 400 Gramm Mehl und 400 Gramm Butter im Monat.

Kartoffeln, Gemüse und Früchte sind die einzigen nicht rationierten Lebensmittel, doch sind nur Kartoffeln leicht zu haben, Gemüse und Früchte dagegen außerordentlich schwer erhältlich. Bezugsberechtigt für Woll- und Baumwollwaren sind ausschließlich Arbeiter und zwar mit 4 Meter pro Familie.

Einmal alle drei Monate hat man auf den Ankauf einer Zwirnrolle Anspruch.

Ebenso erhalten im Monat die Arbeiter — oder nur sie — 400 Gramm Seife.

In Rußland herrscht weder Krieg noch Bürgerkrieg. Die Sowjetherrschaft ist seit zwölfeinhalb Jahren errichtet, die Zeiten des Bürgerkrieges liegen acht Jahre zurück.

Rußland ist ein Agrarland. Nicht ausgedenken wäre die Hungerkatastrophe in der Sowjetunion, namentlich in den Städten, wenn Rußland auch nur annähernd ein solches Industrieland wäre wie es Deutschland ist!

Die Entwicklung der Sowjetunion.

Geheimrat Gleinow sprach gestern in der Hochschule für Politik über „Die innere Entwicklung der Sowjetunion und die deutsche Ostpolitik“. Er beantwortete die Frage, ob das Rußland noch heute der Staat der Hoffnung und der Zukunft ist, mit einem glatten Nein. Die unzulänglichen industriellen Leistungen in der Elektrifizierung und Industriellisierung des Landes geschahen auf dem Rücken der Arbeiterschaft und des Volkes überhaupt. Der Arbeiter steht unter Affordeln, durch angestellte Antreiber zu größerer Leistung angesetzt, bei geringerer Leistung Bestrafungen ausgesetzt. Die Wohnlücke ist zurückgegangen, die Pflegeeinrichtungen müssen mehr und mehr rationiert werden. Die Zahl der Analphabeten ist heute so hoch wie 1918; der Ratschrei ertönt: Wo bekommen wir den Nachwuchs für die Industrie her? Die Gewerkschaften sind ein Rückstücken des Staatsapparates und keine Vertretung der Arbeiterschaft. Der Fünfjahresplan ist nichts als ein Gerippe, eine Skizze, ein Propagandamittel, um die Leihgale zu heben, in die Krieg, Bürgerkrieg und Bolschewismus Land und Volk gebracht haben. Das Geld zu seiner Durchführung wird aufgebracht durch Zwangsanleihen, die von den Arbeitern gezeichnet werden müssen. Die Woluta, die durch zwangsweise Ausfuhr hin-entkommt, lohnt nicht die Herstellungskosten. Rußland ist heute ein Staat in innerer Zermürbung.

Wohnungsnot und Mieterschutz.

Die gestrige Reichstagsdebatte.

Der Reichstag hat am Montagmorgen seine Vollversammlung wieder aufgenommen. Neu eingetreten ist der Nachfolger Paul Levis, Gewerkschaftssekretär Graupe, Zwickau.

Auf der Tagesordnung steht die Vorlage auf Verlängerung des bestehenden Mieterschutzes für weitere zwei Jahre. Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei verlangen Abbau und Befristung des Mieterschutzes.

Reichsarbeitsminister Bissell:

Wenn auch in einzelnen Teilen Deutschlands durch die Wohnbautätigkeit der letzten Jahre die Wohnungsnot gelindert worden ist, so ist doch von ihrer allgemeinen Befristung noch lange keine Rede.

Nach der Wohnungszählung von 1927 waren rund 1 Million wohnungslose Familien vorhanden.

Und zum Ende dieses Jahres dürfte diese Zahl immer noch 700.000 betragen. Zu alledem kommt noch der jährliche Zuwachsbedarf von 225.000 bis 250.000 Wohnungen. Die Statistik hat festgestellt, daß 479.000 Wohnungen mit 3,2 Millionen Einwohnern überfüllt sind, d. h. daß auf einen Wohnraum einschließlich Küche und Kammer mehr als zwei Personen kommen. Diese Statistik ist noch nicht vollständig.

Man kann ruhig die Zahl der überfüllten Wohnungen auf 750.000 schätzen.

Besonders schwer betroffen sind die ländlichen Familien. Es sind 280.000 Wohnungen solcher ländlichen Familien mit 1.346.000 Einwohnern festgestellt worden. Radezu die Hälfte dieser Familien sitzt in Kleinwohnungen von 1 bis 3 Räumen, wobei die Küche als Raum mit gerechnet ist. Ein sehr erheblicher Teil dieser überfüllten Kleinwohnungen wird durch Untervermietung noch mehr eingegrenzt. Das geschieht in jeder adäpten Familie, bei rund 13 Proz. — Nun behauptet man, die Wohnungsnot würde befristet sein, wenn nicht sehr viele Einzelpersonen eigene Wohnungen hätten. Aber es ist statistisch nachgewiesen, daß dies zum großen Teil vermittelte oder geschiedene Frauen in höherem Lebensalter sind, und daß der gesamte Anteil solcher Einzelwohnungen von Einzelpersonen am gesamten Wohnungsbestand nur 2,3 Proz. beträgt. Wie man da behaupten kann, daß durch Abschaffung dieses Zustandes die Wohnungsnot befristet würde, ist mir unerfindlich. (Sehr wahr!) Eine

Loderung der noch bestehenden Zwangswirtschaft würde zu den schlimmsten Folgen führen.

Bekämen die Vermieter das Recht, die Wohnungen zu kündigen und an beliebige Wohnungsuchende zu vermieten, würde die Zuweisung durch das Wohnungsamt wegfallen, so würde voraussichtlich eine so große Zahl von Kündigungen eintreten und es würden auch so viele Wohnungsuchende, deren Bedarf vom Wohnungsamt nicht als dringlich anerkannt worden ist, Wohnungen zu mieten suchen, daß die Nachfrage außerordentlich vergrößert würde, der nur ein völlig ungenügendes Angebot gegenüberstände, daß die Mieten sehr bedeutend hinaufschossen und eine wesentliche Verteuerung der Wohnungen eintreten würde. Dies müßte jedoch

wesentliche Lohnsteigerungen und erhebliche Störungen im Kreislauf der Wirtschaft

nach sich ziehen. Es müßten ferner die Klein- und Sozialrenten erhöht werden, ebenso die Erwerbslosenunterstützung, Reich, Länder und Gemeinden würden in noch größerer Schwierigkeiten geraten und schließlich die Wohnungsnot erheblich vergrößert werden. Zahlreiche Familien wären dann gezwungen, größere Wohnungen aufzugeben und kleinere zu suchen, wodurch der Bedarf an Kleinwohnungen noch vergrößert würde. Gerade

an Mittel- und Kleinwohnungen ist aber heute noch der größte Mangel. Das Reichmietengesetz muß also weiter bestehen bleiben.

Die Verlängerung bis zum 30. Juni 1932 wird vorgeschlagen, weil auch bei starker Anspannung der Neubautätigkeit die Wohnungsnot bis dahin nicht befristet werden kann. Die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt machen in diesem Jahr die Finanzierung von Wohnbauten äußerst schwierig. Daher ist kaum anzunehmen, daß die gleiche Anzahl Wohnungen wie in den vergangenen Jahren hergestellt werden kann. Soweit in einzelnen Teilen des Reiches eine Milderung der Wohnungsnot eintritt, sind die Landesbehörden berechtigt, das Wohnungsmangelgesetz außer Kraft zu setzen. Das ist auch in mehreren Ländern für mittlere und Kleinstädte bereits geschehen. Die Entscheidung über die Möglichkeit muß den zur Beurteilung befähigten Landesregierungen überlassen bleiben. Aber

zu einem allgemeinen Abbau oder zur Aufhebung der Wohnungsnot ist die Zeit noch nicht gekommen. (Beifall links.)

Abg. Lipinski (Soz.):

Am 17. Dezember vorigen Jahres hat der Reichstag Richtlinien für den Wohnungsbau beschlossen. Das Material zu diesen Richtlinien ergibt, daß in den nächsten zehn Jahren mindestens 4,5 Millionen Wohnungen gebaut werden müssen, um einigermaßen den Bedarf zu decken. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß auch ein Prozentsatz leerer Wohnungen vorhanden sein muß, um den Ausgleich zu ermöglichen. Der erwähnte Reichstagsbeschluss hat bereits festgestellt, daß der Mieterschutz verlängert werden muß. Eine Wiederholung der damaligen sehr eingehenden Ausschussberatung ist vollkommen überflüssig. Sollte sie beschlossen werden, so behalten auch wir uns die Stellung von Änderungsanträgen vor. Unter Antrag, daß ein Übergangsgesetz vorbereitet und eingebracht werden soll, ist im Ausschuss noch gar nicht beraten.

Die hier gestellten Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei sind bloße Wiederholungen.

lassen aber die Mieter, die in zahlreichen Eingaben gegen diese Anträge protestieren, nicht zur Ruhe kommen. Die Anträge der Wirtschaftspartei sind bereits bei der Beratung der Richtlinien im Ausschuss gegen eine einzige Stimme abgelehnt worden. Die Anträge wollen die freie Wohnungswirtschaft nach einer knappen Übergangszeit wieder einführen. Der Minister hat bereits dargelegt, daß das unmöglich ist. Die Mieten will die Wirtschaftspartei ab 1. Oktober 1929, also rückwirkend, um alle Steuern und Abgaben der Hausbesitzer erhöhen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das würde 180 bis 200 Proz. Friedensmiete bedeuten. Widerspruch der Wirtschaftspartei.) Anders sind Ihre Anträge nicht zu verstehen. Eine Statistik des Reichsamt ergibt, daß vielfach schon die Auflopfen für Schönheitsreparaturen um bis zu 5,3 Proz. des Arbeitereinkommens bedeuten, bei Beamten sogar noch mehr. Und da verlangen Sie noch Erhöhung der Mieten! (Zurufe der Wirtschaftspartei.) Heute müssen schon 165 bis 170 Proz. Friedensmiete bezahlt werden. Wenn Sie da noch mehr fordern, so ist das

schlimmer als aller Mietwucher vor dem Krieg.

Im Rahmen sind Sie freilich groß! In der Sache noch raffinierter ist der Antrag der Deutschen Volkspartei, die natürlich der Konkurrenz um die Wähler begegnen will. Am 17. Dezember hat der Reichstag diese Forderungen schon abgelehnt.

Wir beantragen, über die Vorlage, über die Frage einer Ausschussberatung und über die Anträge namentlich abzustimmen, damit jedermann sieht, wie die einzelnen Abgeordneten stimmen.

(Beifall.) Schließlich begründet der Redner einen Antrag, die Wohnungstatistik dahin zu erweitern, in welchem Maße der Haus- und Grundbesitz durch private Darlehen belastet ist. (Beifall der Soz.)

Abg. Schumann-Beipzig (Komm.): Die Sozialdemokraten wollen den Mieterschutz befristet, wenn auch nicht in dem gleichen Tempo, wie die Hausbesitzerparteien. Die Loderungsanordnungen der preussischen Regierung sind bezeichnend dafür.

Abg. Dr. Steinger (Dnl.): Verlängerung der Zwangswirtschaft ist nicht nötig. Die Begriffe des Wohnungsstands und der Wohnungsmiet werden vielfach falsch angewendet auf Erscheinungen der allgemeinen sozialen Not. Wir sind gar nicht berechtigt, eine Hauszinssteuer zu erheben von Leuten, deren Rot oft größer ist als die derjenigen, für die das Steuerkommen verhandelt wird. Die Geltungsdauer der bestehenden Gesetze sollte jetzt nur um ein halbes Jahr verlängert werden.

Abg. Dr. Winnefeld (D. Sp.): Seinerzeit hat Abg. Lipinski dieses Gesetz als Scheusal bezeichnet, das man in die Volkswirtschaft werfen sollte — heute verteidigt er es mit Feuereifer. Im Wahlkampf hat er uns vorgeworfen, daß wir die Leute aus den Wohnungen treiben wollten. Kein anständiger Mensch wird gleich zum Richter laufen, wenn ein Mieter aus Rot die Miete nicht zahlt, aber oft genug zwingen die Mieter durch ungebührliches Verhalten den Hausbesitzer dazu.

Der heutige Zustand verhindert auch die Arbeiter, in die Nähe der Arbeitsstelle zu ziehen und zerstört so das Familienleben.

Wir wollen den Abbau erst am 1. Januar 1933 beginnen lassen, die Regierung beantragt die Verlängerung nur bis 30. Juni 1932, also geben wir weiter im Mieterschutz! Herr Lipinski, der uns Konkurrenz mit der Wirtschaftspartei vorwirft, schreibt Artikel in der Mieterszeitung, die nur als Konkurrenz gegen die SPD. zu verstehen sind.

Abg. Dr. Jöris (Wirtschaftsp.) erklärt die Haltung Bissells und Lipinski aus der marxistischen Lehre, in die sie gegangenen seien, appelliert aber an den Reichsjustizminister, der doch objektiv

denken könne, die Widerrechtlichkeit der Mieterschutzgesetze anzuerkennen. Auf dem Grunde der Zwangswirtschaft blühen Vertragsbruch, Korruption und Bestechung. Das Wohnungselend ist nicht auszurotten, solange die Armut besteht. Wenn der Arbeitsminister jetzt die Wohnungsmieterschutz einschränken will, so steigert er damit die Wohnungsnot.

Nach 146 Uhr verlegt das Haus die Weiterberatung auf heute, Dienstag 3 Uhr, außerdem Handwerksnoelle und Bergmannsleistungen.

Sie gut Schaumburg-Lippe allewege! Anschlußgesetz abgelehnt.

Hannover, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Der Landtag von Schaumburg-Lippe lehnte am Montag in der dritten Lesung den Anschluß an Preußen ab. Für den Anschluß stimmten acht Sozialdemokraten und der Demokrat, dagegen fünf Mitglieder der bürgerlichen Fraktion. Es fehlte eine Stimme an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit.

In der zweiten Lesung hatte der deutschnationale Bürgermeister Wiehe von Bückeburg für den Anschluß gestimmt. Man hat ihn deswegen in bürgerlichen Kreisen so unter Druck gesetzt, daß er sein Abgeordnetenmandat niederlegen mußte. Sein Nachfolger stimmte gegen den Anschluß. Auf der Vortribüne saßen während der Abstimmung die beiden Arrangure der bürgerlichen Gegenaktion, die zwei ehemaligen Prinzen des Hauses Schaumburg-Lippe.

Staatsrat Lorenz erklärte nach der Abstimmung, daß die Regierung schleunigst aus Ersparnisgründen eine Verwaltungsreform durchführen werde. Trotzdem seien aber weitere Steuererhöhungen erforderlich, um den Etat zu balancieren.

Schaumburg-Lippe, ehemals Duobez-Fürstentum, jetzt „Land“, Umfang: 340 Quadratkilometer (0,07 Proz. des Reichs), Einwohnerzahl 48.048 (0,08 Proz. des Reichs), zwei Städte über 2000 Einwohner, fünf Orte über 1000 Einwohner, ferner 63 Landgemeinden.

Liga für Menschenrechte. Eine Wendung.

Die Liga für Menschenrechte hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Der Generalsekretär Kurt Großmann gab den Geschäftsbericht. Die Diskussion beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellung der Liga zum Bolschewismus. Es wurde eine Entschließung angenommen, die dahin ging, daß die Liga sich weder von sowjetfreundlichen noch von sowjetfeindlichen Kreisen für parteipolitische Zwecke vorparan lassen dürfe, daß es ferner die Aufgabe der Liga sei, die Offenheit auch über die sowjetrussischen Unterdrückungen aufzuklären. Die Wendung der Liga für Menschenrechte fand auch in der Tatfache ihren Ausdruck, daß der Edelkommunist Artur Hollischer nicht wieder in den Vorstand gewählt wurde.

In der Nachmittagsveranstaltung sprach Prof. Viktor Basch als Präsident der Französischen Liga für Menschenrechte über das Abrüstungsproblem. Der Referent äußerte sich recht pessimistisch über die künftigen Sicherungen des Friedens und bezeichnete Mussolini als die größte Gefahr in dieser Hinsicht.

In den neuen Vorstand der Liga wurden gewählt: Dr. Oskar Cohn, Helmut v. Gerlach, Dr. S. G. Gumbel, Dr. Siegfried Komeran, Dr. Robert Kuczynski, Otto Lehmann-Ruhöldt, Dr. Walter Reinthal, Leopold Schwarzhild, Prof. Dr. Anna Siemsen, Emil Graf Wedel.

Verlängerung der Nachschubordnung. Der Reichsregierung ist soeben der Entwurf des Gesetzes zugegangen, durch das die geltende Nachschubordnung um einhalb Jahre bis zum 30. September 1931 verlängert werden soll. Dies erscheint geboten, weil die polen- und russen-gegenständlichen Voraussetzungen für die notwendige gründliche Beratung des vorbereitenden Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Nachschubs längere Zeit brauchen werden.

Humanität ist auf dem Wege nach Rußland in Konstantinopel eingetroffen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Beamtentätig Dr. Volkm: Dr. Curt Geuer; Wirtschaft: G. Kleinshöfer; Gewerkschaftsbewegung: S. Seiner; Architektur: Dr. John Schittowski; Cafeterien und Sonstiges: Art. Reichardt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Friedrichs-Verlag G. m. b. H. Berlin. Preis: Fortwährende-Quartalsdruck und Verlagsanhang: Paul Singer u. Co. Berlin 68 68 Eindeutsche 2. Seite 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

WERTHEIM

Heute Dienstag billige Lebensmittel

Leipziger Str. (Versand-Abt.)

Königstraße

Rosenthaler Str.

Moritzplatz

Samml. Dorcat, Mengenangabe vorbehalten. Fleisch, Fisch, Geflügel, Obst u. Gemüse werd. nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Kalbskamm ^{u. Brust} Pfund 0.86
- Rinderkamm ^{u. Brust} Pfund 0.86
- Querripp ^{u. Brust} Pfund 0.84
- Gulasch ^{u. Brust} Pfund 0.95
- Schmorfleisch ^{mit Knochen} Pfund 1.10
- Gehacktes Pfund 0.85
- Lieser Pfund 0.85
- Hammelvorderfl. Pfund 1.04
- Fr. Bratwurst Pfund 1.20
- Schweinerücken ^{mit Beilage} Pfund 1.16
- Schw.-Schinken ^{u. Kamm, mit Beilage} Pfund 1.24
- Kalbskotelett Pfund 1.50
- PRIMA GEFRIERFLEISCH
- Rinderkamm Pfund 0.86
- Rinderbrust Pfund 0.86
- Rinderleber Pfund 1.20

Messina-Apfelsinen

- helle, Kiste Blut, 8-10 Stck. 7.50 Kiste 8.50
- Apfelsinen Dtz. v. 0.65 an
- Haiblut, Dtz. v. 0.75 an
- Eß- u. Kochäpfel große, Pfund 0.20
- Krimäpfel Pfund 0.38
- Kalf. Äpfel Pfund 0.45
- Zitronen Dtzd. 0.35 0.45

Blumenkohl

- Kopf von 30 Pf. an
- Weißkohl dän., Pfund 0.04
- Möhren gewasch., Pfund 0.04
- Rot- u. Wirsingkohl 0.10
- Schwarzwurzeln 0.24
- Kartoffeln ^{neue, Äpfel, 2 Pfund} 0.35

Karotteimehl

- Pfund 18 Pf.
- Haferflocken Pfund 0.19
- Amerik. Reis Pfund 0.30
- Eier-Makkaroni ^{Bruch} Pfund 0.44
- Eier-Schnittnud. 0.46
- Eier-Fadennud. Pfund 0.49

Gänse

- gefroren 70 Pf. an
- Tauben Stück von 0.85 an
- Brathühner Pfund v. 1.10 an
- Wolghühner ^{1. Qu. 11. 1. unu v.} 1.15
- Junge Enten Pfund 1.25 an
- 10 Eier von 56 Pf. an

Bratscholen

- Pfund 12 Pf. 20 Pf.
- Dorsch ohne Kopf, Pfund 0.15
- Grüne Heringe 3 Pfund 0.23 0.38
- Zander gefroren, Pfund 0.65

Fettbückinge

- Pfund von 25 Pf. an
- Fiudern Pfund v. 0.35 an
- Sprotten Pfund 0.42
- Seelachs i. Stück, Pfund 0.48
- Fleckerlinge Pfund 0.48
- Lachs i. Stück, Pfund 1.28 an

B'ut-u-Leber

- Hallesche, Pfund 72 Pf.
- Sülze Hausmacher, Pfund 0.72
- Dampf- u. Rotwurst 1.00
- Leberwurst ^{Hausmach.} Pfund 1.25
- Mettwurst ^{Hausmach.} Pfund 1.45
- Filetwurst Pfund 1.65
- Speck fett 1.20 mager 1.55

Camembert

- vollfett, Schachtel 24 Pf.
- Limburger vollf., Pfund 0.92
- Edamer Pfund 0.75 1.10
- Schweizer bayr. 1.28 an
- Holländer vollf., Pfund 1.10
- Münster Art vollf., Pfund 1.05

Margarine

- Pfund 50 Pf.
- Kokosfett 1-Pfd.-Tafel 0.50
- Tafelbutter Pfd. 1.72 1.84
- Dän. Butter Pfund 2.02
- Gebr. Kanee ^{eigene Rösterei, Pfund von} 1.80 an

Konserven

- Karotten ^{geschalt.} 0.38
- Gemüseerbsen 0.55
- Junge Erbsen ^{u. 1.15} 1.15
- Haushaltgemüse 0.78
- Gem. Gemüse ^{mittl. 1.10} 1.10
- Kohlrabi ^{mit Orta} 0.58
- Brech- u. ^{Schnitt-} Bohnen 0.58
- Rosenkohl 0.95
- Apfelmus ^{1.15} 0.56
- Pflaumen 0.60
- Senfgurken 0.78
- Kürbis 0.80
- Mirabellen 0.98
- Preiselbeeren 1.05
- Vierfrucht ^{1.15} 0.78
- Pflaumen ^{Konfitüre} 0.92
- Aprikosen ^{Konfitüre} 1.10

Kulturarbeit in der Linienstrasse

Hinter einem alten, gemöhnlichen Miethaus in der Linienstrasse steht ein kleines Gebäude aus roten Ziegeln in einem Stil, den man so um die hiesiger Jahre des vorigen Jahrhunderts herum für orientalisches hielt. Das Haus hat schon merkwürdige Schicksale hinter sich: zuerst wurde es für eine jüdische Gemeinde als Synagoge gebaut; dann wurde es an eine Baptistengemeinde verkauft. Aber als auch das Geschäft sich nicht mehr recht rentierte, da wurde aus der Kapelle der Wiederkauf ein ganz respektables Hinterhaus, das große Taufbassin wurde zum „versenkten Orchester“ ernannt, in dem Klavier und Harmonium sich in die Begleitung der acht- bis zwölftägigen Filmschlagern teilten — immer wenn es rührend wurde, kam das Harmonium dran. Und eines Tages kam irgendwer bei den Berliner Metallarbeitern auf den Gedanken, daß so ein Kino doch eigentlich ein jamaoter Propagandaapparat wäre und es den Profetieren sicher nicht schaden würde, wenn sie statt der Schauer- und Rührstücke da von ihrer Gewerkschaft Kulturfilm vorgelegt trügelten.

Man hatte schon seit 1923 eine eigene Kulturabteilung, die in einem Saal des Verbandshauses Vorträge mit und ohne Lichtbildern und Filmabende veranstaltete, und es hatte sich unter den Mitgliedern herumgesprochen, was das für eine gute Sache war. Aus dem knappen Duzend von Zuhörern, die sich zuerst zu den Vorstellungen eingefunden hatten, waren nun schon so viele geworden, daß oft genug der Saal nicht ausreichte. So wurde im Jahre 1926 das Kino gekauft, das günstigerweise dem Verbandshaus gerade gegenüber liegt. Und stolz können die Berliner Metallarbeiter von sich sagen, daß ihre Kulturabteilung das erste und bisher einzige Kino in Deutschland besitzt, das einer Gewerkschaft gehört.

Es strömt das Volk . . .

Im vergangenen Jahre wurde dieses Kino der Kulturabteilung von nicht weniger als 180 000 Personen besucht! Das bedeutet, daß fast jede der zwei bis drei Vorstellungen, die hier täglich stattfinden, ausverkauft ist. Natürlich sind die Besucher nicht nur aus den Kreisen der Berliner Metallarbeiter, wenn die auch das Hauptkontingent der Besucher stellen. Für sie werden die Vorstellungen an die einzelnen Branchen vergeben und in den Betrieben an die Mitglieder — auch für deren Angehörige — ausgegeben. Sondervorstellungen finden für die im VDA organisierten Taubstummen statt, für die sogar ein Taubstummenlehrer herangezogen wird, der den zu Aufklärungsfilm gehaltenen Vortrag in die Taubstummenprache übersetzt. Diese Vorträge sind in den Kreisen der Taubstummen besonders beliebt, kein Wunder, wenn man weiß, daß die in diesen Fällen sonst auf die Fürsorge und die Unterhaltungen angewiesen sind, die von kirchlichen Kreisen für sie veranstaltet werden.

In jedem Mittwoch normiert ist eine Gewerkschaftsversammlung, und auch die ist immer in diesen Zeiten gut besucht. Gibt es hier auch keine Musik zu den Filmen — der Raum ist doch warm, der Sitz bequem, und das Programm ist vielleicht doch auf einige Augenblicke vergessen, daß noch so viel „nor“ sind, daß man vielleicht noch lange, lange stempeln gehen muß. . . . Auch andere Organisationen haben schon entdeckt, was für eine gute Sache das Kino der Kulturabteilung ist: Mittwoch kommt die freigewerkschaftliche organisierte Jugend, ein andermal ist das Kino an Frauenorganisationen oder an die „Naturfreunde“ vergeben — immer nur gegen Erlaß der Selbstkosten, und die sind, dank der Wendigkeit und Flexibilität des Leiters der Kulturabteilung, immer unglaublich niedrig. Sie bekommen alle des gleichen Programm — die Musik aber muß jede

Brande oder jede Organisation für sich selbst stellen, Instrumente (Klavier und Harmonium) stehen zur Verfügung.

Programm und Kritik.

„Allen Dingen recht getan ist eine Kunst, die niemand kann“ — wenn man aber das Programm der Kulturabteilung ansieht, möchte man glauben, daß hier einmal das alte Sprichwort lägen gestraft wird. Alle Wochen wechselt das Programm, doch jedes Programm weist eine gleich gute Zusammenstellung auf; immer bildet das Hauptstück ein hochwertiger Reise-, Aufklärungs- oder Spielfilm, im Beiprogramm wird ein technischer neben einem humoristischen Film gespielt. Die Kulturabteilung legt Wert darauf, möglichst neue Filme zu bieten, und so stehen neben den schönen älteren Filmen nach den Romanen der Selma Lagerlöf für Ende Februar schon die eben erst herausgekommenen „Budden-



Früher eine Kirche, jetzt ein Kulturkino.

brooks“ nach dem Roman des Nobelpreisträgers Thomas Mann auf dem Programm. Zu den Aufklärungsfilm werden von Meysten Vorträge gehalten, manchmal finden in der Kulturabteilung auch technische und volkskundliche Vorträge statt. Aber die Besucher wären ja keine Berliner, wenn sie nicht kritisierten; besonders an den technischen Filmen wird eine strenge Kritik geübt, vor allem von der Jugend. Berührt der Betrieb, in dem man arbeitet, schon über modernere Einrichtungen als sie im Film gezeigt werden, so kann der Leiter der Kulturabteilung allerlei Komplimente zu hören kriegen, wie: „Rensch, in die Bude hat mein Trochster schon gearbeitet!“ — „Na, der Film laßt sich schon lange jenuch, dem wächst schon 'n Bart!“

So leistet diese Kulturabteilung eine in jeder Beziehung erfreuliche Propagandarbeit, und das alles kommt in absehbarer Zeit der Lage, an dem dieses Kino, trotz seiner 400 Plätze, zu klein geworden ist. Schon stehen trotz aller Bemühungen seine Besucher oft bis auf die Straße an. Man möchte wünschen, daß das Beispiel der Berliner Metallarbeiter bald noch von anderen Gewerkschaften nachgeahmt wird. Denn der Film ist eine Waffe der Propaganda, die zu wertvoll ist, als daß man sie nicht benutzen sollte.

Geheimnisvoller Mord in Halle

Chefrau unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet.

Am 15. Februar war in der Saale bei Wellin eine männliche Leiche gefunden worden. Die Persönlichkeit des Toten wurde alsbald ermittelt: es handelte sich um den am 14. Dezember 1929 auf geheimnisvolle Weise in Halle an der Saale verschwundenen Direktor Bauer von der Mitteldeutschen Speditions- und Schiffsahrtsgesellschaft Saale in Halle. Man hatte damals gleich angenommen, daß Bauer ermordet war, weil man im Hafen keine Brille, seinen Hut und Blutspuren gefunden hatte. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich jetzt gegen seine eigene Ehefrau und einen Privatdetektiv namens Peters.

Nach der am Sonntag erfolgten Beerdigung Bauers in Magdeburg wurde die Witwe Bauers im Magdeburger Polizeipräsidium vernommen. Die Vernehmung führte dann zu ihrer vorläufigen Festnahme, da sich Widersprüche zwischen ihren Aussagen und denen ihres Rechtsvertreters, des Privatdetektivs Peters aus Magdeburg, ergaben. Peters ist ebenfalls festgenommen worden. Die Vernehmung am Sonntag ergaben weitere Widersprüche. Insbesondere hat Peters hinsichtlich seines Mißi für die Nacht vom 13. zum 14. Dezember 1929 keinen Nachweis erbringen können. Es besteht daher der Verdacht, daß Bauer von Peters ermordet und Peters von der Ehefrau Bauer dazu angeklippt worden ist. Trotzdem das Zusammenleben in der Ehe Bauer in der letzten Zeit äußerlich erträglich schien, war die Ehe doch vollkommen zerrüttet. Nach die Eheleute Peters leben getrennt voneinander. Die Herkunft der Nordwaffe, einer verrosteten Art ohne Stiel, ist bisher noch nicht festgestellt worden, da die umfangreichen Vernehmungen und Durchsuchungen noch nicht so weit gefördert werden konnten. Auch die Herkunft eines Schlüsselbundes mit vier Schlüsseln, darunter ein 13 Zentimeter langer Schlüssel mit doppelseitigen 13 Zubählungen, zu einem Patentschloß gehörig, und eines konusen, namentlich Schreibens an Frau Bauer, das von der Polizei abgefangen wurde, bedarf noch der weiteren Klärung. In dem Schreiben ist von 500 Mark, einer Operation und einem Nachtmesser, der einen Brief vermittelt hat, die Rede.

Weiter ist jetzt festgestellt worden, daß der zur Zeit in Haft befindliche Magdeburger Privatdetektiv Peters mit der Frau des ermordeten Geschäftsführers Bauer bereits seit langem ein Liebesverhältnis unterhielt. Die Lebensversicherungsgesellschaft, mit der der ermordete Bauer abgeschlossen hatte, hatte sich kürzlich bereitgefunden, auf die Versicherungssumme von 100 000 Mark den Betrag von 70 000 Mark vorläufig auszuzahlen. Diese Zahlung ist nunmehr gesperrt worden, da sich der Verdacht des Versicherungsbetruges verdichtet hat. In der Nacht zum Montag unternahm die Schwester der Frau Bauer, namens Vogt, einen Selbstmordversuch. Sie wurde in bewußtlosem Zustande dem Magdeburger Krankenhaus zugeführt. Die Selbstmörderin ist noch nicht vernehmungsfähig. Ob diese Tat mit der Verhaftung der Frau Bauer in Verbindung steht, ist noch nicht bekannt.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Renojha.

Bisher elf Tote und über hundert Verletzte.

Nach den letzten Meldungen sind bei der Eisenbahnkatastrophe von Renojha insgesamt elf Personen getötet und mehr als 100 verletzt worden. Von den Verletzten befinden sich 60 in den Krankenhäusern. Die Mehrzahl der Passagiere des Antriegs, der durch den Zusammenstoß mit dem Postauto zur Entgleisung gebracht wurde, waren Ausflügler. Die fünf Insassen des Kraftwagens, der wie gemeldet, nach dem Zusammenstoß mit dem Personenzug von einem Güterzug erfasst und getrümmert wurde, haben sämtlich den Tod gefunden.

Aluixio Arcedo

Ein brasilianisches Mietshaus

„Der Baron hat natürlich einen Schwiegersohn im Sinn, der hier im Lande eine große Stellung einnimmt — einen Abgeordneten oder irgendeinen Mann, der in politischen Kreisen eine Rolle spielt.“

„Oder vielleicht auch einen Prinzen?“ fiel der Budiker tartarisch ein.

„Jetzt kommt da immer ein kleiner Doktor aus guter Familie und macht ihr tüchtig den Hof. Und sie scheint sich sehr zu freuen, wenn sie ihn sieht.“

„Wo ist es wohl besser, ich trete zurück.“

„Da mögen Sie schon recht haben. Es sollte mich wirklich nicht wundern, wenn ich mit dem jungen Doktor selber ein besseres Geschäft machte.“

„Schön; dann wollen wir diese Angelegenheit als endgültig erledigt betrachten.“

Auf diesen Vorschlag ging der alte Botelho ein. Aber am folgenden Tag stand das Thema wieder zur Diskussion.

„Ich werde Ihnen was sagen“, erklärte der Budiker.

„Ich werde Ihnen fünfzehntausend geben.“

„Zwanzig“, beharrte der alte Schmarotzer.

„Zwanzig ist zu viel.“

„Für weniger tu ich's nicht.“

„Aber ich zahl' keine zwanzig.“

„Es wird Sie niemand zwingen. Adieu.“

Als sie einander wiedersehen, lachte Joao Romao Botelho an, ohne ein Wort zu sagen. Der alte Gauner erwiderte mit einer Geste die andeutete, daß er weit davon entfernt sei, sich in Angelegenheiten zu mischen, die ihn nichts angingen.

„Sie sind ein alter Teufelskerl“, lachte der Budiker und gab ihm einen Klaps auf die Schulter. „Werden wir uns denn nie einigen können?“

„Zwanzig.“

„Und wenn ich mich nun zu zwanzig entschliesse?“

„In diesem Fall wird mein edler Freund von dem Baron eine Einladung zu nächstem Sonntag mittag bekommen, und bei seiner Ankunft wird er den Boden geebnet finden.“

„Schön. Versuchen Sie's nur, und wir wollen sehen, was Sie erreichen können.“

Es spielte sich alles genau so ab, wie es der alte Spitzbube versprochen hatte. Ein paar Tage, nachdem der Vertrag unterschrieben und gesiegelt worden war, bekam Joao Romao eine Karte von seinem aristokratischen Nachbar, der um das Vergnügen bat, ihn am Sonntag zu Tisch in seinem Hause begrüßen zu dürfen.

Wer kann sich die Furcht ausmalen, die den Budiker packte, als er diese Karte las! Die folgenden Tage wurden mit ersten Proben verbracht: Vorbereitungen für den Besuch. Immer wieder übte er sich ein, was er sagen wollte und führte vor dem kleinen Spiegel im Waschkabinett Selbstgespräche. Als nun der große Tag kam, badete er zweimal, pukierte sich die Zähne, parfümierte sich von Kopf bis Fuß, feilte und polierte sich die Nägel und betrat in seinem neuen, peinlich sauber gebürsteten Anzug, lächelnd aber voll innerer Angst des Barons pompösen Salon.

Beim ersten Schritt über den dicken Teppich, auf dem seine großen Füße in den ungewohnten Schuhen wirkten wie ein paar eigenförmige Schildkröten, die in verschiedenen Richtungen gehen wollten, fühlte er den Schweiß aus jeder Pore ausbrechen und seinen Nacken herunterrieseln so daß er auslief, als hätte er in praller Sonne einen Dauerlauf gemacht. Seine großen roten Hände waren feucht, und er schien nicht zu wissen, wohin er mit ihnen sollte, denn der Baron hatte vorsorglicherweise dem Gift Hut und Schirm abgenommen.

Wie sehr bereute er, gekommen zu sein!

„Machen Sie sich's bequem, lieber Freund“, forderte ihn der Gastgeber herzlich auf. „Wenn die Hitze Sie stört, setzen Sie sich doch ans Fenster. Leonor bring doch den Kermisch — oder vielleicht möchte mein Freund lieber ein Glas Bier?“

Mit verächtlichem Lächeln nahm Joao Romao alles an, was man ihm anbot, und war viel zu verlegen um zu sprechen. Nach dem Bier schmeckte er nur noch ausgedehnter, und als Dona Estella mit ihrer Tochter erschien, drückte ihnen ihr feuchter Nachbar aus lauter Nervosität die Hände so fest, daß sie schmerzten. Und dieser Fußboden, poliert wie ein Spiegel! Zweimal glitt er aus: einmal hielt er sich an einer Stuhllehne fest und reitete sich dadurch gerade noch. Der Stuhl hatte Rollen und rutschte ein Stück, aber die Sache ging noch einmal gut aus. Aufmisch fächerte, aber nach einem warnenden Blick des Barons unterdrückte sie ihre Heiterkeit und unterhielt sich leise mit ihrer Mutter.

Mirandas Tochter war jetzt siebzehn, hatte viel von ihrer anämischen Blässe verloren und war voller geworden. Aber Dona Estella hatten die letzten paar Jahre ihren Stempel aufgedrückt, und sie — trotz ihrer rajenden Bemühungen, jung zu bleiben — zu einer Frau reiferen Alters gemacht. Zwei Zähne waren sichtbar Menschenmehl; ihr Haar war gefärbt, und ein Haufen Linien um ihre Mundwinkel herabte ihr Gesicht des schnippischen Reizes von einst. Ihr Nacken jedoch war noch voll und glatt, und die Arme noch wie vor bewundernswert schön.

Bei Tisch aß und trank Mirandas Gast so wenig, daß seine Wirte ihm gutmütig vorwarfen, es schade ihm wohl nicht. Der Arme hat, doch um Gottes willen so etwas nicht zu Stauben, und verischerte ehenwödrilich, er hätte noch nie so köstliche Speisen vorgelegt bekommen. Auch Botelho war anwesend und noch ein alter Pflanzler, der für ein paar Tage in der Stadt war und seine Mahlzeiten bei Mirandas nahm. Henrique hatte seine medizinischen Prüfungen bestanden und war zu Besuch nach Hause gefahren. Aurora und Leonor bedienten bei Tisch und plakten beinahe vor Vergnügen. Joao Romao im Tuchanzug mit einer Gabel essen zu sehen.

Abends bekamen Mirandas Besuch von einer Familie mit mehreren munteren Töchtern. Kurz darauf kam noch ein paar Jünglinge, so daß sich Joao Romao, ehe er sich verabschiedete, zum erstenmal in seinem Leben in der Lage befand, Pfänderpiele spielen zu müssen. Im größeren Kreise jedoch wuchs sein Mut, und er machte keine ernsthaften Schritte.

Um ein halb elf wurde Tee gereicht, und als der Gast nach den letzten Abschiedshändedrücker auf die Straße kam, reichte er den Hals in seinem weidgewordenen Kragen und senkte erleichtert auf, denn Joao Romao war endgültig in die Gesellschaft eingeführt. Das Gefühl, sich seiner Aufgabe entledigt zu haben, erwärmte sein Herz, und er füllte seine Lungen herausfordernd mit der Nachtluft, wie einer, der neue Wollen zu erobern gedenkt.

Dann eilte er nach Hause, um seine abscheulichen Schuhe abzuwerfen.

Aber beim Anblick von Bertolosa, die laut schnarchend, mit offenem Mund und bloßen, dicken, glänzend schwarzen Beinen auf dem Reitt lag, verschwand seine gute Laune.

Der neueste Kandidat der Gesellschaft leuchtete resigniert und hing an, sich auszuweichen, dann, als er seine stämmige Gestalt unverzüglich auf dem äußersten Rand der Matratze ausgestreckt hatte, dämmerte es ihm zum erstenmal, daß diese schwarze Frau die Gehörten von ein Duzend Raben, sich als Hindernis für seine Ehe erweisen könnte. (Fortf. folgt.)

„Rache für die Ermordeten!“

Die Kommunistenwache in Berlin D. vor Gericht.

Am 7. Januar beteiligten sich etwa 400 Kommunisten an der Beilegung ihrer Parteigenossen Neumann und Kobisch-Meyer auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde. Neumann war von den Nationalsozialisten tödlich verletzt worden, Kobisch-Meyer, wegen Diebstahl in Untersuchungshaft, im Veldow-Krankenhaus gestorben. Unter den mitgeführten Transparenten befand sich eins mit der Aufschrift: „Rache für die ermordeten Kameraden“, ein Sprechchor schrie unaußhörlieh: „Schlagt sie tot, wo ihr sie trefft.“ Der zukünftige Revolverführer, Hauptmann Krampe, entfernte das Transparent, die Demonstranten leisteten keinen Widerstand und meinten nur: „Wir holen es gleich nach der Rückkehr aus Friedrichsfelde ab.“ Alles schien friedlich. Plötzlich lösten sich aber aus den hinteren Reihen des Zuges einige Demonstranten, Zuschauer vom Trottoir stießen sich ihnen zu. Hauptmann Krampe wurde umringelt, Drohungen und Schimpfwörter wurden laut und schon lauschten Schläge auf den Beamten nieder. Der Uchalo slog vom Kopf, ein Schlag verrietete ihn im Gesicht. Jetzt griffen die Polizeibeamten ein, säuberten die Strohen und nahmen 52 Personen fest.

Zum von dem damals Verhafteten hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Der 23jährige Schlosser K. gab zu, mit einem Stein geworfen zu haben, die Arbeiter B. und W., die, von den Polizeibeamten verfolgt, in ihren Wohnungen festgenommen wurden, bestritten, „Bauhände“ und dergleichen gerufen zu haben; der Arbeiter R. wollte ohne jeglichen Grund bis zur Bestimmungsfähigkeit mit dem Gummiknüppel bearbeitet worden sein, und der fast 50jährige Metallarbeiter P. behauptete, er habe nicht nur nicht gegen den Hauptmann gehetzt, sondern im Gegenteil die aufgeregte Menge von Gewalttätigkeiten gegen den Beamten zurückgehalten. Der Hauptmann Krampe wollte davon nichts gemerkt haben, im Gegenteil glaubte er mit Bestimmtheit erklären zu können, daß P. in ausgesprochen aggressiver Absicht mit den Händen vor seinem Gesicht herumgeschlagen habe. Das Gericht konnte sich von der Schuld des Angeklagten R. nicht überzeugen, verurteilte jedoch P. wegen einfachen Landfriedensbruchs und Aufruhrs unter Zustimmung einer Bewährungsfrist zu 6 Monaten Gefängnis, die Angeklagten K., W. und B. wegen schweren Aufruhrs in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zu 7 Monaten Gefängnis.

Wie immer, haben sich die Hauptbeschuldigen aus dem Staube gemacht und die weniger Beiliegten sind auf die Anklagebank genommen. Vielleicht sollte man auch diesen jungen Leuten angefaßt ihrer bisherigen Unbeachtlichkeit doch noch eine Bewährungsfrist zubilligen. Eine Bemerkung über die Gerichtsverhandlung darf nicht unterbleiben. Es ist für den Zuhörer nicht unangenehm, wenn ein Vorsitzender eine Verhandlung in gefälligen Formen führt, doch liegt eine gewisse Gefahr in einer allzu sozialen Art der Verhandlungsführung. Für die Beschuldigten ist es immer eine bitterste Sache, auf der Angeklagtenbank zu sitzen und sie haben deshalb für eine allzu humorvolle Verhandlungsführung wenig Verständnis. Es sollte aber auch nicht jeder große Ausdruck eines jungen Arbeiters, der sich aus dem Berliner Straßenjargon ergibt, zu tragisch genommen werden. Ein allzu strenger Ton des Vorsitzenden kann einen jungen Menschen unangenehm einschüchtern. Ein wenig Rücksicht und Einficht könnte in einem solchen Falle nicht schaden.

Der Mord an Studenten Wessel.

Nationalsozialisten wollten demonstrieren.

In der Voruntersuchung wegen des Ueberfalls auf den Studenten Wessel befinden sich zurzeit in Haft die Arbeiter Josef Randauski und Albert Hübner (Al) wegen des Verdachts des verführten bzw. vollendeten Tatbittels.

Heute wird der Termin zur Prüfung des Haftbefehls, der gegen Viktor Drewnicki wegen des Verdachts der Begünstigung erlassen wurde, stattfinden. Die gegen den Arbeiter Ernest Lange und gegen den Angeklagten der roten Hilfe, Hermann Schmidt, sowie dessen Ehefrau Luise und dessen Tochter Käthe erlassenen Haftbefehle sind vom Untersuchungsrichter aufgehoben, da bei Lange kein Tatverdacht, bei der Familie Schmidt kein Plünderverdacht angenommen wird. Die Besieger Sander und Will sind gegen Sicherheitsleistungen von je 5000 Mark mit der weiteren Untersuchungshaft verschont worden.

Die Freigabe der Leiche des Studenten Wessel wird nicht vor Mittwoch erfolgen können, da die Todesursache durch gerichtliche Leichenöffnung festgestellt werden muß. Der Leichenöffnung werden, obwohl sonst nur ein Amtsgerichtsurteil hierfür notwendig ist, sowohl der Staatsanwalt als auch der Untersuchungsrichter beimohnen, da das Ergebnis der Obduktion für die spätere Verhandlung von großer Wichtigkeit sein wird. Die Anklage wird nämlich gegen „Al“ und seinen Helfer nach dem Ableben des Studenten auf Mord erhoben werden, da nach dem bisherigen Gefändnis Hübners die Planmäßigkeit des Vorgehens gegen Wessel nicht mehr zu bezweifeln ist.

Nach den Mitteilungen der Jugenberichter des Reichsausschusses schämen die Nationalsozialisten den behaupteten Fall zu besonderen Trauerkundgebungen bewegen zu wollen. Angeblich wollen sie auch eine Demonstration im Circus Busch veranstalten, auf der der Oberhäuptling Hitler sprechen wird.

Rektor wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt.

Im Prozeß gegen den Rektor Weidemann in Stendal, dem vorgeworfen worden war, sich an ihm anvertraute Schülerinnen vergangen zu haben, hat das Schöffengericht des Urteil gefällt. Der Prozeß hatte mehrere Tage in Anspruch genommen und fand unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Weidemann wurde wegen Bornahme unzüchtiger Handlungen an Pflanzobjekten in fünfzehn Fällen und wegen desselben Delictes an Kinderjährigen in zehn Fällen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt. Dem Antrag auf Haftentlassung gegen Stellung einer Kaution wurde wegen Verdunkelungsgefahr und Plünderverdacht nicht entsprochen.

Wiederaufnahme des Rogens-Prozesses.

Neustrelitz, 24. Februar.

Am 23. Dezember 1929 hatte vor dem Reichsgericht in Leipzig die Revisionsverhandlung in Sachen Rogens stattgefunden. Das Reichsgericht hat die Sache insoweit an das Schwurgericht Neustrelitz zurückverwiesen, als dasselbe sich über die Beteiligung Sabubonskis am Mord nicht näher ausgesprochen hatte. Das Neustrelitz-Schwurgericht wird nunmehr die Verhandlungen am 24. März wieder aufnehmen. Zwei oder drei Tage werden der lokalen Anwesenheitnahme bei Vorfragen gewidmet sein.

Schwere Gefahren für die Volksschule.

Das Sparprogramm des Magistrats unhaltbar!

Gegen den Widerstand des Stadtschulrats Rydahl hat der Magistrat vor einigen Tagen Sparmaßnahmen im Schulwesen beschlossen, die sich nach eingehender Prüfung als undurchführbar und untragbar erweisen. Die Durchführung des Magistratsbeschlusses würde eine neue Sparschnittmahl der Volksschulen gegenüber den höheren Schulen bringen und schwere Gefahren für die weitere organische Entwicklung einer modernen Pädagogik heraufbeschwören. Nach der Forderung des Magistrats soll die Durchschnittsfrequenz in den Volksschulklassen auf 36 Schüler erhöht werden. Bei den höheren Schulen soll die Frequenz in den einzelnen Klassen zukünftig für die Unterstufe 33, für die Mittelstufe 45 und für die Oberstufe 33 Schüler betragen. Wird der Beschluch durchgeführt, was im Interesse des Berliner Schulwesens unter allen Umständen verhindert werden muß, so müßten 387 Lehrkräfte entlassen und 455 Schulklassen aufgelöst werden.

In den letzten Jahren waren die einzelnen Volksschulklassen durchschnittlich mit 32 bis 33 Schülern besetzt. Ein Heruntergehen unter diese Durchschnittsziffer hat sich als unmöglich erwiesen. Sie ist überhaupt nur erreicht worden, weil die Stärke der oberen Klassen in letzter Zeit stark zurückgegangen ist. Eine Zusammenfassung dieser schwach besetzten Klassen war in den meisten Fällen schon aus dem Grunde nicht durchzuführen, weil sonst Klassen-gemeinschaften nach 6- bis 7jähriger gemeinsamer Arbeit hätten auseinandergerissen werden müssen. Die Bestrebungen nach stärkerer Zusammenlegung der oberen Klassen wurden weiter durch das Bestehen der katholischen Schulen erschwert, bei denen eine Zusammenlegung wegen der großen Entfernung der einzelnen Schulgebäude unmöglich war. Erst recht nicht zu erreichen war die Durchschnittsfrequenz in den Schulen der Dorfgemeinden, die an der Peripherie der Reichshauptstadt liegen. Um einen Ausgleich zu schaffen, müßten die untersten Klassen durchweg über den Durchschnitt besetzt werden.

Die vom Magistrat geforderte Festlegung auf eine Frequenz von 36 Schülern würde als Folge der dadurch bedingten Auflösung von 455 Volksschulen die völlige Schließung von fünf Berliner Volksschulen nach sich ziehen.

Die bisherige pädagogische Arbeit müßte rücksichtslos unterbrochen werden, weil bei der Auflösung von 455 Schulklassen und der dadurch bedingten Unterbringung der einzelnen Schüler in Klassen anderer Schulen ungefähr bei dreifacher Anzahl von Schulklassen in Mittelbereich gezogen würde. Ohne die Durchführung der Sparmaßnahmen hätten demnach ungefähr 120 Junglehrer neu eingestellt werden können. Nach dem jetzigen Beschluch muß nicht nur jede Reinstellung unter-

bleiben, darüber hinaus würden Hunderte von geschulten Lehrkräften der Entlassung anheimfallen, die größtenteils bereits eine Reihe von Jahren im Volksschuldienst der Stadt Berlin aufbauende Arbeit geleistet haben. Ueberdies besteht bei den meisten dieser Lehrer noch nicht einmal ein Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung; sie würden also zwangsläufig der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen. Schon im Verlauf des Sommers, bestimmt aber zum Herbst werden aber wieder neue Lücken im Lehrkörper eintreten. Dann aber wird es nicht möglich sein, das wertvolle Lehrermaterial wieder zurückzuholen, daß der Stadt jetzt verlorengehen würde.

Daß in Zeiten schwerer finanzieller Not auch im Schulwesen gespart werden muß und daß man nach der Möglichkeit neuer Einnahmequellen Ausschau hält, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Verhältnisse in Berlin liegen besonders schwierig, weil schon in nächster Zeit die Inangriffnahme neuer Schulbauten in einzelnen Bezirken sich nicht länger verzögern läßt. In einigen Stadtteilen, in denen neue große Siedlungen entstanden sind, so z. B. in Neukölln, Steglitz und in Johannisthal, müssen zwangsläufig in kürzester Zeit neue Schulräume geschaffen werden. Man hat sich deshalb auch mit einer Heraufführung des Schulgeldes befassen müssen. Für die höheren Schulen sollen die Gebühren um 20 Proz. erhöht werden. Um den Etat des Arbeiters und des kleinen Angestellten nach Möglichkeit zu schonen, soll diese Erhöhung erst bei einem Einkommen von jährlich 3300 Mark und darüber eintreten. Man hofft dadurch eine Rezeinnahme von 1600 000 Mark zu erzielen. Bei den Gewerkschulen wollte man auch im Hinblick auf eine bessere Gestaltung des Finanzausgleichs eine Angleichung an die staatliche Höhe vornehmen. Diese Maßnahme aber wird nicht tragbar sein für die Handelschule, die Haushaltungsschule und für die Berufsschule für Damen Schneider. Die Befüher dieser Schulen sind durchweg Arbeiterkinder, für deren Eltern eine Erhöhung des Schulgeldes von 80 auf 160 Mark im Jahre einfach nicht tragbar ist. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre, daß der größte Teil dieser Schulen geschlossen werden müßte.

Es ist anzunehmen, daß die Stadtschulratverfassung sich mit den Sparmaßnahmen bereits in der nächsten Sitzung am Donnerstag befassen wird. Das Interesse der Berliner Arbeiterkinder erfordert, daß der Magistratsbeschluch nicht die Billigung der Stadtschulräte findet. Wir glauben, daß sich auch im Magistrat bei der Mehrheit der Mitglieder die Meinung durchsetzen wird, daß der gefasste Beschluch dringender einer Revision bedarf, nachdem in der Öffentlichkeit die folgenschweren Auswirkungen einer rigorosen Sparpolitik im Schulwesen dargestellt worden sind.

Zehn Jahre Arbeiterwohlfahrt.

Die Arbeiterwohlfahrt verband es, am Sonntag vor-mittag ihre Jahreshesfeier zu einem eindrucksvollen Erlebnis zu gestalten.

Das ganze Podium des Memorials des ehemaligen Herrenhauses war mit roten Tulpen geschmückt.

Es waren viele erschienen, um ihrer Anerkennung für die Arbeiterwohlfahrt Ausdruck zu verleihen, unter anderen der berühmte Ministerpräsident, der Reichsarbeitsminister, der preussische Landtagspräsident, Vertreter der Reichs- und Staatsministerien, Parlamentarier, Vertreter vieler öffentlicher Körperschaften, Delegierte der verschiedenen deutschen Bezirke der Arbeiterwohlfahrt und solche aus der Schweiz, Oesterreich, der Tschechoslowakei und Dänzig nebst Vertretern der Spitzenorganisation der freien Wohlfahrtspflege. In einer glücklichen Synthese von Kunst und Politik folgten dem symbolischen Prolog „Rote Kolo“, meisterhaft vorgetragen von Heinrich Witte, die beiden Ansprachen.

Martha Hoppe, die 1. Vorsitzende des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt, gab in warmen Worten die Geschichte der Organisation wieder. Die Arbeiterwohlfahrt gab sich erst vor zehn Jahren den Rahmen, ihre Vorgesichte reißt aber viel weiter zurück, sie bestand in unendlich vielen Ätten der Solidarität der Arbeiter gegen ihre Klassengenossen. Und die junge Organisation hätte nicht den Aufschwung nehmen können, würden nicht weiter die Wurzeln ihrer Kraft in der großen Arbeiterbewegung ruhen. Die Organisation wurde vor zehn Jahren geschaffen aus einem tiefen Verortungsfühlgefühl heraus und aus dem Bewußtsein, daß durch eine Kollektivarbeit weitere Kreise zu erfassen sind. Soziale Arbeit zu leisten muß jedem sozialistischen Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, trotzdem hätte die Arbeiterwohlfahrt in einem anderen Staat nicht das leisten können, was sie in der deutschen Republik bereits erreicht hat. Noch ist die soziale Arbeit nicht durchorganisiert, es wird zu den Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt gehören, an dem Ausbau der Wohlfahrtspflege mitzuarbeiten. Dies kann sie aber nur, wenn sie — wie bis jetzt — das Hauptgewicht auf die Schulung in den eigenen Reihen legt. Durch diese Schulungsarbeit, der sowohl die Schaffung von eigenen Heimern, wie der Zeitung, der Schule usw. dient, wird es der Arbeiterwohlfahrt gelingen, an der allgemeinen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft produktiv mitzugestalten!

Reichstagsabgeordneter Franz Künstler kennzeichnete die vielen sozialen Aufgaben der Kommune Berlin, die durch den großen Jubel nicht abreißen wollen. Die Arbeiterwohlfahrt hat sich nach besten Kräften bemüht, an der Lösung dieser Aufgaben mitzuwirken. Dafür zelte der Dank in erster Linie den immer opferbereiten Helfern.

Den Abschluß der würdigen Feier bildete das Sprechchorwort „Erlebung“ von Schönland. Es ist erfreulich, daß durch die Rundfunkübertragung auch viele, für die der Raum nicht ausgereicht hätte, an der Feier teilnehmen konnten.

Paul-Levi-Feier der Jungsozialisten.

Am Sonntag vormittag veranstalteten die Berliner Jungsozialisten im Bekehrereichshaus eine kleine Trauerfeier für den zu früh verstorbenen Reichstagsabgeordneten Paul Levi. Eingeleitet wurde die Trauerfeier durch den Chopinischen Trauermarsch.

Darauf sprach würdevoll der Tote als Mensch und Exponenten des sozialistischen und marxistischen Bewusstseins der sozialdemokratischen Arbeitermassen, dessen Herz im Kampfe um die Zukunft gelte. Er habe der jungen Generation das Vermächtnis

der marxistischen Dialektik in ihrer Anwendung als Waffe der Klassenpolitik und als Wegweiser in den komplizierten Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung hinterlassen. „Rote Kolo“ gab einen kurzen Lebensabriß des Toten, der aus einem neuen Rechtsbewußtsein, dem Rechtsempfinden der unterdrückten arbeitenden Massen, das in ihm einen bereideten Kämpfer fand, all seine Handlungen, auch die politischen, entspringen ließ. Der Redner erinnerte an das glänzende Debüt des jungen Rechtsanwalts in Frankfurt bei dem Hochverratsprozeß Kola Luzemburgs, an seine Entlarvung der freudlosen bestellten Parteifaktik der Kommunistischen Partei, der er aus verletztem proletarischem Rechtsempfinden den Rücken kehrte. In der Sozialdemokratie habe er gegen jede neue Spaltung gekämpft, deren unheilvolle Auswirkungen er konnte.

Zum Schluß wurden Stücke aus den besten Reden Paul Levys vorgelesen, und der Gesang des russischen Trauermarsches und der Warschauerjanka beschloß die ernste Feier.

Martha Hoppe, die Siebzugjährige.

Heute, am 25. Februar, vollendet unsere Genossin Martha Hoppe das 70. Lebensjahr. In Gewerkschafts- und Parteitreiben ist sie seit Jahrzehnten bekannt. Martha Hoppe, eine geborene Berlinerin, war Stickerin und fand bald den Weg zur Organisation. Sie ist seit 1903 gewerkschaftlich organisiert und hat seit langem auch dem „Berein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse“ angehört. Ihre Gewerkschaft, der „Deutsche Textilarbeiter-Verband“, erkannte sehr bald ihren Wert und berief sie 1908 in das Arbeiterinnensekretariat, um ihr dort die Leitung der Agitation zu übertragen. Wenn man heute nicht nur in Deutschland, sondern auch international von den Errungenschaften des „Deutschen Textilarbeiter-Verbandes“ spricht, z. B. vom Schutz für die werdende Mutter, von der Freigabe des Sonnabendnachmittags — so hat Martha Hoppe auch ihr Teil dazu beigetragen. In Versammlungen und Kursen fand sie willige Zuhörer. Sie wußte, weil sie aus der Praxis sprach, ihre Reden ginnen zu lassen. Auch ihre Artikel, deren viele erschienen sind, förderten die Aufklärung für ihre Kollegenschaft. Von 1913 ab betätigte sie sich an der Arbeit in der Gemeindeverwaltung. Damals übernahm sie das Ehrenamt einer Waisenpflegerin und sie übte es bis 1920 aus. 1919 wurde Martha Hoppe in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und zehn Jahre hat sie dort mit der größten Gewissenhaftigkeit gewirkt. Am 1. Februar 1926 ist sie aus ihrem Amt beim Textilarbeiter-Verband ausgeschieden und in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Sie hat aber keine Zeit müde zu sein. Ihre Regsamkeit und geistige Frische geben ihr die Kraft, auch jetzt noch als Bürgerdeputierte mitzuwirken. Martha Hoppes Leben war Mühe und Arbeit. Wir wünschen der jetzt Siebzugjährigen, daß sie noch lange zum Wohl der Arbeiterklasse tätig sein kann.

Achtung, Bruchmarkensammler! Die erste öffentliche Zusammenkunft aller sozialistischen Arbeiter-Bruchmarkensammler hat stattgefunden. Die große Anzahl der Neuansammlungen gleich am ersten Abend zwang den Verein Freie Sammler, Mitglied des Arbeiter-Sammler-Bundes (ASB), sich nach einem größeren Tagungslokal umzusehen. In seinen Reihen findet jeder Aufnahme, der auf dem Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung steht und auch Mitglied der freien Gewerkschaften ist. Die nächste aktuelle Gruppe wird die Aufnahme in das bundesweite Arbeiter-Sport- und Kulturver-ein sein. Die nächste öffentliche Zusammenkunft findet am Dienstag, dem 18. Februar, in der Schule, Weinmeisterstr. 16/17 um 19⁴⁵ Uhr statt. Anbahnung über das Thema: Was sammeln wir? Anführer sind an den Bundesvorsitzenden des ASB, Genossen Richard Göge, Berlin N. 113, Uckerländer Str. 13, zu richten.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper Unter den Linden... La Traviata... Ende 22 1/2 Uhr

Wintergarten... 2, 15 Uhr... Ende 22 1/2 Uhr

Komische Oper... Hulla di Bulla... Ende 22 1/2 Uhr

LICHTBURG am Gesundbrunnen... Das große Varietè-Programm

PREUSSISCHE LANDESPFANDBRIEFANSTALT... Zeichnungs-Einladung

Staats-Oper... Die verkaufte Braut... Ende 22 1/2 Uhr

CASINO-THEATER... Seltene Höhe! der Bettler

CIRCUS CARL HAGENBECK... TAGL. BUHR • BUSCHGEBAUDE

Staatl. Schiller-Theater, Charlitz... George Dandin - Bonheur

Volksbühne... Amnestie

NEUE WELT... Großes Bodkierfest

SCALA... Con Coliceno, 4 Bronette

Staatl. Schiller-Theater... Die verkaufte Braut

SANTA LUCIA... trinkt teurigen Süßwein

PLAZA... Guatipiel Fritz Servos und das hervorragende Variè-Programm

Staatl. Schiller-Theater... Die verkaufte Braut

GROSSES SCHAU-PIELHAUS... 3 Musketiere

Deutsches Theater... Der Kaiser v. Amerika

Theater l. d. Behrenstr. 53-54... Vater sein, dagegen sehr

ZEICHNUNGS-EINLADUNG... Reichsmündelsicheren GM. 500000.- 8% Goldmark-Pfandbriefe

Komische Oper... Hulla di Bulla... Ende 22 1/2 Uhr

Der Kandidat... Die Komödie

Reichshallen-Theater... Stehender-Sänger

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Branchen-Versammlung

ROSE Theater... Gasparone

Professor Bernhardi... Der Löhner und die Nonne

Metropol-Th. Das Land des Lächels

Branchen-Versammlung der Graveure und Ziseleure

Der Walzer von heute Nacht!

Planerium am Zoo... Kleines Theat.

Die Freundin

Branchen-Versammlung der Werkzeug- und Scharf-schleifer

Tafel-Bestecke... Raddatz

Elite-Sänger

Philharmonie... Sinfonie-Konzert

Branchen-Versammlung der Maschinen-, Auto- und Motor-schlosser-Lehrlinge

Werkkätige in Stadt und Land!

Versammlung der Silberschmiede

Volkspflege... Anskunft ertellen

Konferenz der weiblichen Vertrauenspersonen und Betriebsräte

Branchen-Versammlung der Bau- und Gebäudeschlosser

Achtung, Drahtarbeiter!

Achtung, Betriebsräte!

Wäsche... Dampfwaschwerke

Die Riesenpfandbriefbank.

Eine Gründung unter der Hegide der Großbanken.

Der epochenmachende Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft vom vorigen Jahre macht Schule. Nach dem sogenannten Personalakt ist jetzt der Realakt mit einer Großfusion an die Öffentlichkeit getreten. Jenes Gebiet der deutschen Bankwirtschaft, in dem durch Ausgabe von Pfandbriefen Kapitalien auf den in- und ausländischen Kapitalmärkten gesammelt werden zur Errichtung von privaten Wohn- und Industriebauten und zur Intensivierung der Landwirtschaft, wobei die bebauten Grundstücke bzw. die Bauobjekte selbst als Sicherheit für die langfristigen Darlehen den Realaktanten verpfändet werden. Es dürfte kaum ein Zweifel darüber sein, daß der Zusammenschluß zwischen der Preussischen Centralbodenkredit A.-G. und der Preussischen Pfandbriefbank mit der von der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft im großen Maßstab begonnene Zusammenschlußbewegung auch personell und sachlich in Verbindung stehen, denn die frühere Disconto-Gesellschaft spielte neben der Dresdner Bank und der Darmstädter und Nationalbank in beiden Instituten eine entscheidende Rolle. Dabei werden die Eingeweihten mit einem besonderen Vergnügen feststellen, daß es ein Gebiet gibt, auf dem die beiden Antipoden unter den Großbanken, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft und die Darmstädter und Nationalbank auch einmal zusammenarbeiten.

Der Zusammenschluß geht so vor sich.

Daß die Preussische Pfandbriefbank, wie es heißt aus steuerlichen Gründen, die Verschmelzung führt. Das Kapital von 18,2 Millionen bei der Preussischen Zentralboden- und das Kapital von 25 Mill. bei der Preussischen Pfandbriefbank werden auf 36 Mill. Mark zusammengelegt — was durch den Umtausch eines Großaktionärs von Aktien in Goldpfandbriefe möglich ist —, so daß die Aktien der beiden Unternehmungen und die Rechte der beiden Aktionärsgruppen gleich stehen. (Umtausch 1:1.) Die Preussische Centralbodenkredit erhöht auch für 1929 ihre im Vorjahr nur 10 Proz. betragende Dividende auf den Stand der von der Preussischen Pfandbriefbank den Aktionären 1928 und 1929 gewährten Dividende von 12 Proz. Die neue Einheitsgesellschaft führt den Namen „Preussische Centralbodenkredit- und Pfandbriefbank“. Es sei gesagt, daß die Bezeichnung „Riesenpfandbriefbank“ etwas schmeichelhaft ist, denn auch die von beiden Banken heute in Umlauf gelegte Pfandbrief- und Schuldverschreibungsmasse von etwa einer Milliarde Mark ist nicht erschreckend hoch, aber man braucht ja auch nichts dagegen zu haben, daß die schmeichelhafte Bezeichnung als Pfandbrief- oder Pfandbriefbank den Kredit und das Ansehen der verschmolzenen Institute noch etwas erhöhen, weil das dem schwachen deutschen Kapitalmarkt ja nicht abträglich zu sein braucht.

Historisch und im Aufbau bieten die beiden Institute manchen Interessanten.

Die Centralboden wurde 1870 von den damals führenden großen Privatbanken, Disconto, Bleichröder, Oppenheim und Rothschild gegründet und war immer eine recht feudale und schließlich in ihren Geschäftsprinzipien auch hochkonservative Bank, der es 1924 sehr wohl getan hat, mit einem sehr viel kleineren Kapital als 1913 wieder anfangen zu müssen. Ein blühendes frisches Blut kam durch die Neubewegung des Vorstandes in den allerletzten Jahren in die Anstalt, die das auch nötig hatte, denn die Verwaltung und der Aufsichtsrat, in dem neben den Bankfürsten, Herren v. Bismarck, Grafen Büdler und der Ruhrbergzüge wie Thyssen repräsentierten, ließen es bis heute, unter dem lebensgroßen Bilde des verstorbenen Kaisers, Wilhelms II. ihre Sitzungen abzuhalten. Die Preussische Centralboden hat deshalb seit 1924 wie alle Hypothekendarlehen nicht schlechter verdient, sie hat mächtige Reserven aufgehäuft, nie ihre Aufsichtsratsmitglieder und ihre Aktionäre bei der Ausschüttung von Lantien und Dividenden vernachlässigt, und man überredet nicht, wenn man sagt, daß für die Preussische Centralboden die Fusion in einem Zustand erfolgt, den man tragende kapitalistische Gesundheit nennen kann. Ende 1928 waren 414,7 Millionen Hypotheken und Kommunaldarlehen gewährt, Ende 1929 werden es rund 500 Millionen gewesen sein, wobei bis 1928 10 Proz., 1929 12 Proz. auf das Kapital von 18,2 Mill. Mark offen verleiht wurden.

Die Initiative bei dem Zusammenschluß, wohl auch der fortschrittlichere Geist, dürfte von der Preussischen Pfandbriefbank kommen, die schon 1862 gegründet worden ist und sich seit 1924 besonders aktiv gezeigt hat. Die zwar bombastisch verredende, keineswegs allzu gut beleumundete ehemalige Roggenrentenbank — unter Landesherrführung hat diese greuliche Zins- und Kapitalgeschäfte durch Roggenanleihen mit vielen später in Not gekommenen Landwirten gemacht — wurde 1927 von der Preussischen Pfandbriefbank gekauft, das Kapital wurde von 7 auf 21 Mill. Mark erhöht, und im Jahre 1929 wurde auch noch die Preussische Hypothekendarlehen aufgenommen, womit sich das Kapital weiter auf 25 Mill. Mark erhöhte. Der Zündholztrist ist noch heute Großaktionär neben den Großbanken. In den letzten Jahren hat sich die Preussische Pfandbriefbank dem Wohnungsbau stärker zugewendet, der so lange von den konservativen alten privaten Hypothekendarlehen vernachlässigt worden ist, weil es sich um zu kleine Geschäfte handelte. (Vielleicht hatte der „Klein“-Wohnungsbau soviel Ludergeruch, daß man dafür zu vornehm war.) Auf die in der Preussischen Pfandbriefbank jetzt herrschenden Auffassungen wird auch die etwas pikante polemische Bemerkung in dem über den Zusammenschluß veröffentlichten Kommuniqué zurückzuführen sein, daß das Einheitsinstitut als wirklich starke Bank imstande sein soll, „den großen Aufgaben im Bereich des Wohnungsbau und der Siedlung so gerecht zu werden, daß der Ruf nach Gründung neuer öffentlich-rechtlicher Anstalten zur Ausführung angeblicher „Lücken“ verstummt.“

Der Grund der Fusion liegt letzten Endes in der Erkenntnis, daß 106 private und öffentlich-rechtliche private Realaktanten mit verhältnismäßig kleinen Einzelkapitalien einen überflüssigen und unrationellen Apparat für die Verteilung des im Deutschland der Nachkriegszeit verfügbaren Hypothekensparens darstellen, mit dieser empfehlenden Erinnerung an die Zweckmäßigkeit der Rationalisierung machen die Veranlasser der Fusion der Öffentlichkeit den Zusammenschluß plausibel. (Das Eingeständnis unrationeller Arbeit im privaten Bankgewerbe qualifizieren wir nebenher.) Man wolle hinzufügen dürfen, daß man auch die Gewinne

dadurch steigern will, daß man das in der Spitze und in den Büros verwendete Personal verkleinert und so die Kosten verringern will. Es entsteht dabei dem Reichsarbeitsministerium und den Beamten- und Angestelltenvereinigungen wieder die keineswegs angenehme, aber hoch verantwortliche Aufgabe.

Ungerechtigkeiten und Härten bei dem Personalabbau

mit allen Kräften entgegenzutreten, nach Möglichkeit für die anderweitige Verwendung der Angestellten und für die Gewährung von Abfindungen bzw. Umstellungsgeldern in ausreichendem Maße zu sorgen. Leider kann man sich ja in diesen Dingen auf unsere, nur mit dem Munde, nicht in den Werken sozialfreundlichen deutschen Privatkapitalisten und Unternehmer nicht verlassen.

Für die deutsche Volkswirtschaft wird der Zusammenschluß auf die Dauer sicher nützlich sein. Die Konkurrenz zwischen den Hypothekendarlehen hat sich schon erheblich verschärft, vielleicht kann man hoffen, daß die Unfälle der hohen Bonifikationen

beim Pfandbriefverkauf auch durch diesen Zusammenschluß etwas abgebaut, und allmählich auch die Rationalisierung im deutschen Hypothekendarlehenwesen die unerträglich teuren Realaktanten etwas verbilligt. Freilich werden hier der gute Wille und eine noch so wohlwollende Erklärung der Privatkapitalisten nichts helfen. Man wird sich auf die Konkurrenz und auf den Kampf um den Kapitalmarkt verlassen müssen, abgesehen von der zinsverbilligenden Wirkung des ausländischen Kapitalzuflusses, wenn der Realakt in Deutschland wirklich verbilligt werden soll.

Konkurrenzmöglichkeiten sind heute noch reichlich vorhanden. Stärker als die neue Preussische Centralbodenkredit- und Pfandbriefbank ist gegenwärtig noch die ebenfalls private Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen, und eine sehr scharfe Konkurrenz in Süddeutschland bildet die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. In Konkurrenz wieder mit diesem großen Block privater Hypothekendarlehen steht die Gruppe der öffentlich-rechtlichen Hypothekendarlehenbanken, der Landesbankzentralen und Stadtsparcassen, von denen man hoffen möchte, daß sie viel stärker als bisher die Führung im Konkurrenzkampf der Hypothekendarlehen zur Verbilligung der Hypothekendarlehen übernehmen würden. Wo die öffentliche Konkurrenz nicht dazu führt, daß die privaten Profite relativ und absolut vergrößert, die Zinspanne verkleinert und die Kredite verbilligt werden, wären die öffentlichen Banken nichts nütze.

Autoarbeiter gegen Autozölle.

Eine Konferenz der deutschen Automobilarbeiter.

Frankfurt a. M., 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die Vertreter aller Branchen der Automobilarbeiter haben in Frankfurt a. M. auf Einladung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Lage der deutschen Automobilindustrie Stellung genommen.

Dem mißlichen Stande der Autoindustrie glauben die Automobilindustriellen mit einer außerordentlichen Erhöhung des Schutzzolles abhelfen zu können, und zwar werden nicht weniger als 300 M. je Doppelzentner an Zoll gefordert. Nur mit einer dermaßen hohen Zollschranke, die fast einem Einfuhrverbot gleichkommt, glauben die Industriellen dem ausländischen Wettbewerb die Stirne bieten zu können.

Berlangt wird auch eine Kontingentierung, das heißt, für bestimmte Länder das Vorrecht, eine bestimmte Anzahl von Wagen zu einem niedrigen Zollsatz in Deutschland einzuführen, eine Maßnahme, die Nordamerika stark benachteiligen würde und soll.

Um ihre Zollwünsche möglichst nachdrücklich zu machen, lassen es sich die Unternehmer sehr angelegen sein, ihre Arbeiter um Mithilfe anzusprechen. Diese Liebe der Unternehmer für das Wohl der Arbeiter ist zu auffallend, um nicht verdächtig zu sein.

Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Mey vom Metallarbeiterverband führte aus: Werde der geforderte Zoll bewilligt, fehle der Antrieb zur Reorganisation, und die kostspielige Tragheit lebe ungeschwächt weiter. Bestimmen doch

heute unter den 52 Autobetrieben noch solche, die nur 1 bis 10 Wagen im Monat (!) herstellen. 19 Betriebe erzeugten 50 bis 100, 12 unter 50 und 7 bis 100 Wagen monatlich. Heute würden in 27 Betrieben für 76 000 Wagen noch 85 Typen mit 360 verschiedenen Ausführungen ausgeführt, während Amerika für 3,8 Millionen Wagen weniger Typen zählt.

Das Primäre der Besserung sei nicht Verteuerung durch Schutzzoll, sondern Preislenkung. Uebrigens lasse sich der höhere Zoll auch gar nicht allgemein einführen, weil Deutschland mit verschiedenen Staaten Zollverträge geschlossen hat. Auch die für Nordamerika ungünstige Kontingentierung könne die deutsche Automobilindustrie nicht gesund machen.

Die Aussprache war überaus gründlich und von einer

außergewöhnlichen sachlichen Höhe. In allen Großbetrieben ist die Arbeiterzahl beträchtlich heruntergegangen.

In den Brennabor-Werken zum Beispiel ist die Zahl der Arbeitsstunden je Wagen von 1923 bis November 1929 von 1714 auf 410 gesunken.

und dieser gewaltige Gewinn kommt in dem Preis nicht zum Ausdruck. Ganz allgemein war man der Meinung, auch in Deutschland müsse das Automobil, anstatt ein Luxusartikel, ein Massenartikel werden. Dies bedinge Billigkeit, und die dürfe nicht durch Zollhöhung noch mehr verbaut werden. Von den 25 Rednern hat sich nur einer für Zollhöhung, ein anderer in bedingtem Sinne ausgesprochen. Die anderen haben sie nachdrücklich abgelehnt. Die Ablehnung wurde meist noch mit dem Hinweis begründet, daß die Arbeiterschaft die Gesamtwirtschaft im Auge behalten müsse, die nicht durch Zollmaßnahmen, zumal von fragwürdiger Art, zugunsten eines Gewerbes gefährdet werden dürfe.

Mit allen gegen eine Stimme wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Eine der ersten Voraussetzungen für die Belebung und Hebung des Geschäftes innerhalb der Autoindustrie ist die Rückkehr zur Qualitätsarbeit und zu angemessenen Preisen. Die Konkurrenz betrachtet die von der Autoindustrie geforderten Hochschutzzölle aus einer Reihe von Gründen als ungeeignetes Mittel zur Erreichung des erwähnten Zieles. Hochschutzzölle und Monopolstellung liegen eng beieinander. Monopole wirken jedoch in der Regel konservativ auf Preisgestaltung und Fortschritt. Ein äußerst hoher Zollsatz bedeutet eine Gefahr für die Preisabbaubewegung, die erstensherweise die verhältnismäßig rasche Zunahme des deutschen Automobilbestandes erst ermöglichte. Deutschland benötigt im Interesse der Produktion in erster Linie das billige Auto. Aus volkswirtschaftlichen Erwägungen lehnt deshalb die Konferenz jeden Hochschutzzoll ab. Die angestrebte Kontingentierung der europäischen Autoindustrie muß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes ebenfalls aufmerksam beachten und zur gegebenen Zeit die notwendigen Maßnahmen im Interesse aller in der Autoindustrie Beschäftigten treffen.

Eine Abzahlungspleite.

„Dewabag“ und „Kaufab“ müssen saniert werden.

Die Jagd nach dem Kunden, die sich am bestigsten im Abzahlungsgeschäft auswirkt, hat wieder einmal eine große Berliner Pleite zur Folge. Die Deutsche Warenvertriebsgesellschaft für Beamte und Angestellte (Dewabag) und das Kaufhaus für Angestellte und Beamte (Kaufab) — Potsdamer Straße und Große Frankfurter Straße — sind in Zahlungsschwierigkeiten gekommen und am Montag hat bereits eine Gläubigerversammlung stattgefunden. Die beiden Unternehmungen haben nicht das Geringste mit irgendwelchen Beamten- oder Angestelltenorganisationen zu tun, sondern sind rein privatkapitalistische Gründungen zu rein privatkapitalistischen Zwecken. Wer auch hier würde die Bezeichnung „für Beamte und Angestellte“ als Aushängeschild in den Firmennamen aufgenommen, um damit Beamte und Angestellte anzulocken, den Eindruck einer besonderen Preis- und Qualitätskontrolle hervorzuheben und die Profitgrundlagen zu erweitern.

Ein reicher Frankfurter Baumwollwarenhändler namens Max Bauer hat die Dewabag gegründet, und zwar als Abzahlungsgeschäft, wobei mit einer Anzahl Textil- und Kleiderfabriken Lieferantverträge — daneben Möbel-, Stoff- und Wäscheverkauf — abgeschlossen wurden. Das Geschäft wickelte sich so ab, daß auf Raten verkauft und je nach Eingang der Zahlungen die kommissionweise übernommene und durch Abtretung der Kaufverträge gesicherte Ware bezahlt wurde. Ganz offenbar hat der starke Abbau von Angestellten und die Erziehung der Wirtschaftslage zu einer Stodung in den Abzahlungen geführt, und da die Lieferanten nicht still hielten, traten die Zahlungsschwierigkeiten ein.

Die bei den beiden 1929 erst zusammengekauften Gesellschaften eingetretenen Verluste sollen sich jetzt noch nicht übersehen. Die Vermögensaufstellung ist offenbar sehr optimistisch aufgestellt, denn neben einem Warenlager von 700 000 M. (Bewertung?) werden Außenstände von 1,6 Millionen aufgeführt, von denen man nicht weiß, wie viele sicher sind, und darüber hinaus ein Grundbesitz von 8 Mill. M., dessen Wert ersichtlich hoch erscheint. Die beteiligten Banken, die in der Hauptsache Hypothekendarlehen ge-

währt haben, sollen mit einem außergerichtlichen Vergleich einverstanden sein, um aus der vorhandenen Masse durch allmähliche Verflüchtung möglichst viel zu retten.

Man wird der neuen Pleite im Abzahlungsgeschäft nicht sonderlich nachzutrauern nötig haben. Die privatkapitalistische Jagd nach dem Kunden in der Form der Abzahlungsgeschäfte, bei denen im Firmennamen mit der Bezeichnung für Angestellte und Beamte Mißbrauch getrieben wird und genossenschaftliche und gewerkschaftliche Einrichtungen ähnlicher Art, aber von unvergleichlich größerer Sicherheit diskreditiert werden, ist eine volkswirtschaftlich alles weniger als erfreuliche Erscheinung.

USA: Generalsstaatsanwalt gegen Del-Fusion.

Vor wenigen Tagen haben sich die beiden großen amerikanischen Delgasgesellschaften, die Standard Oil Co. of New York und die Vacuum Co. zusammengeschlossen (Kapital 900 Mill. Dollar). Die neue Gesellschaft führt den Namen General Petroleum Corporation.

Aus New York wird jetzt gemeldet, daß der Generalsstaatsanwalt gegen diese Fusion Einspruch erheben wird mit der Begründung, daß sie gegen das Antitrustgesetz verstoße.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist nach Rom gefahren, um an der Besprechung der sechs Notenbankleiter teilzunehmen, die die Gründung der internationalen Zahlungsbank zu vollziehen haben.

Neue Goldpfandbriefe für Wohnungsbau. Die Preussische Landespfandbriefanstalt in Berlin, die tagungsgemäß Darlehen zur Herstellung von Klein- und Mittelmobnungen erteilt, bietet im Anzeigenblatt für die Zeit vom 27. Februar bis 19. März 1930 5 Millionen Mark 8prozentige Goldmarkpfandbriefe zum Verzugsfuß von 96,50 Proz. zur Zeichnung an. Die Pfandbriefe sind reichsmündelbarer; sie werden an den Börsen in Berlin und Frankfurt a. M. mit 97 Proz. notiert.

Höhere Dividende für Maschinen der Zuckerindustrie. Die halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei kann aus einem von 150 000 auf 180 000 Mark gestiegenen Reingewinn auf das Kapital von 2,2 Mill. Mark eine gegen das Vorjahr von 6 auf 7 Proz. erhöhte Dividende zahlen. Die Erträge im neuen Jahr waren zufriedenstellend.

Kurt Rudolf Neubert: Seltamer Reigen

... Heute kann ich zu Ihnen davon sprechen, lieber Freund. Nicht daß ich mit dem Erlebnis fertig wäre und in dieser Distanz einen literarischen Versuch machen wollte, nein, ich sehe noch gar nicht, gar nicht klar, aber indem ich zu Ihnen spreche, gewinne ich ein Gefühl der Beruhigung wie ein Patient beim Rufen des Arztes.

Upropos, was halten Sie von diesem Winter? Ist das ein Winter? Viele danken Gott für diesen Winter, viele finden ihn herrlich, ich finde ihn unerträglich. Nur wenn diese Herren in diesen Pelzen an mir vorbeilaufen und schweigen, dann freue ich mich, daß dieser Winter so warm ist. Auch für die Arbeitslosen, die in ihren trostlosen Bädern sitzen, freue ich mich, daß sie nicht unter der Kälte zu leiden brauchen, und allenfalls noch für die Hausfrauen, im übrigen wünsche ich mir einen strengen, harten, schneereichen Winter, wo man Gefahr läuft, sich die Nase zu erfrieren, wenn man sie zu weit aus dem hochgeschlagenen Mantelkragen in die Luft steckt — wissen Sie, wie man an solchen Winterabenden am Ofen hockt und alle Waben aufschlägt und die selbstausgenommenen Bilder von der letzten Sommerreise durchblättert...? Und wissen Sie, wie man diese Bilder dann wieder still fortlegt wie ausgelesene Bücher, und wie man draußen in der stillen, frostklaren Luft des Winterabends, wenn der Schnee unter den Füßen knirscht, die Gedanken und die Erlebnisse klar bekommt wie einen Spiegel...

Geht es Ihnen nun auch so in diesem merkwürdigen Winter, daß Ihnen die Tage durchweht sind von verklungenen Melodien des Sommers? Morgens, beim Erwachen, wenn die Sonne ins Zimmer scheint, denke ich, ich könnte nun aussuchen und in den See gehen mit dem bunten Badeanzug, schwimmen... Und abends manchmal, wenn die Sonne hinter den Häusern untergeht und die Lampen über den Straßen aufkommen, denke ich, sie müßten kommen, die Freundinnen meines Sommers, sie müßten gleich kommen, Anja oder Gerda oder Marja.

Mein Freund, wissen Sie nun, wie ich auf den Schnee warte? — Sie haben mich damals benedict, als ich Ihnen vom Wäldersee ein paar Karten schickte. Sie sahen eine wundervolle Landschaft, im Vordergrund den dunkelblauen See und über waldige Hügel aufsteigend die Gipfel der Karawanken mit dem Mittagskogel. Ja, Sie haben mich benedict...

Jetzt kann ich Ihnen sagen, daß es damals keine Vergnügungszelle war, sondern einfach eine — Flucht. Ich bin gelassen vor mir selbst, vor meiner Unfähigkeit, etwas zu vergessen, o nicht nur etwas, sondern alles, alles anders zu gestalten, was bisher mein Leben bestimmte.

Jetzt höre ich Sie leise fragen: Eine Frau? Und nun fällt ein, daß Sie in einem Ihrer Briefe distel nach Anja fragte. Wer Anja ist? Ja, ich entsinne mich, Anja unterstelt meine letzte Karte an Sie, aber diese Karte zeigte Ihnen eine etwas beschaidenere Landschaft, Sie sahen keine Berge, nur einen Teich und etwas Wald und ein mütterliches Dorfgasthaus, wo ich mit Anja das Wochenende verbrachte. Die Karte sollte Ihnen nur zeigen, daß Sie keinen Grund mehr hätten, mich zu benedict...

Wer Anja ist? Hören Sie, fragen Sie mich lieber nicht. Ich kann Ihnen selber nie etwas über Anja allein sagen. Sie ist nur ein Ton aus einem Dreiklang, der in meinem Herzen schwingt, sie ist der mittlere Ton davon. Der dunklere ist Marja und der hellere Gerda. So, nun wissen Sie schon mehr. Nun werden Sie meine Flucht verstehen können...

Sie hatten mich damals benedict, doch um etwas durften Sie mich benedict. Nicht nur um die Landschaft dort, auch um — ein paar wertvolle Menschen, die man dort kennenlernte und die sich inmitten der Budapest, Wiener, Prager Gäste selber wie Alpenzirbel abhoben. Einer ist vielleicht ein Arbeiter gewesen, mit dem man ein Stück Weges ging und ins Gespräch kam über Land und Wald. Und ein anderer mochte ein Lehrer gewesen sein oder ein Dichter, oder ein Siedler, man fragte nicht danach, aber man entsinn sich, seinen Namen auf der Kirchenglocke seines Dorfes gefunden zu haben, unter einem Vers für die Gefasenen der Gemeinde, zu deren Gedanken die Glocke schauete. Ineinander, verstehen Sie, hätte niemals einen solchen kunstlosen Vers geschrieben, bemahre, einen Vers für die Kirchenglocke eines einsamen Bergdorfs, absurd Gedanken, man lernte also diesen Mann kennen, gewissermaßen als Kollegen, man stürzte sich auf ihn am Jahr seines kleinen Hauses und glaubte ihn zu erlösen mit all der Wichtigkeit, die an einem ist, der geradewegs aus dem großen Literaturladen kommt. Man hatte alle Tischen voll Aktualität, voll Zeitgeist und Forderungen. Die schüttelte man lustig aus und durcheinander vor dem Dorfdichter. Weinen Sie? Sie hätten sehen sollen, wie ich langsam alles wieder in die Taschen zurückschieben mußte, alle Aktualität, alle Probleme, alle Forderungen, vor diesem Mann, der am grünangestrichenen Baum seines Grundstücks lehnte und über modernes Schauspiel zu reden begann, über Reinhardtische Operninszenierungen, über Leute wie Shaw... Das ist schließlich nichts Besonderes, man kann mit vielen eine solche Unterhaltung führen, wenn, das aber ist das Besondere und das Wertwichtige: dieser Mann lehnte an einem grünangestrichenen Baum eines kleinen Gehäuses, und innerhalb dieses Hauses konnte man alles das finden, was man in jedem Bauerngehöft findet: einen Kuhstall, Pflüge und Wagen, ein Pferd. Stellen Sie sich vor: Sie können dort einen pflügenden oder mischbreitenden Bauern treffen, mit dem Sie erst über den Weg reden oder über das Wetter und unversehens auch über die Solzhurger Festspiele und von hier aus weiter über alles, worüber man sich in den Literatencafés die Kehlen trocken redet.

Ich gab mich natürlich nicht gleich geschlagen in meiner Wichtigkeit, ich hab ihn festler und geschüttelt und gedreht nach allen Seiten, auch im Menschlichen. Da gerade. Darauf kam es mir an. Aber es blieb alles klar bei diesem Mann, er war kein gestrandetes Talent, er hatte einfach zu sich selbst gefunden. Er war ein Mensch wie die Berge mit Gewitter und Nebel mit Licht und Gipfeln, und ich konnte mir denken, daß diese Gipfel manchmal umwölkt waren und ganz unentdeckt im wolkenden Nebel, aber er konnte sich nie selbst verlieren, denn er stand mit beiden Füßen auf festem Boden, er wurzelte im Acker, den er pflügte.

So lernte ich begreifen, daß man einen kunstlosen Vers machen konnte für die Kirchenglocke seines Dorfes.

Auch eine Frau war in jener Zeit — verzeihen Sie mir, ich konnte ja gleich auf Anja zu sprechen —, eine von denen, die es uns mit einem einzigen Blick erkennen lassen: „Woju Flucht? Es gibt keine Flucht. Man flieht immer wieder in eine neue Gefangenschaft.“ Aber diese Gefangenschaft dort war etwas Beglückendes, weil ihre Ketten aus dem Duft gewebt waren, der über der ganzen

Landschaft lag. Ein Duft von Wald und Wasser, von heißem Morgen und blauer Dämmerung. Man braucht ja kaum etwas aus sich selbst zu geben, man schenke ein Lachen aus den Wellen, staft eine Zärtlichkeit aus dem Spiel des Schilfes, und hielt man die Hände auf, so waren sie gleich voll Wärme und Sehnsucht, und man konnte sie reich auf blondes Haar herabschütten.

Ich, Sie kennen ja den Wäldersee nicht, Sie kennen diesen indischen Sommer, diese venetianischen Nächte nicht, sonst würden Sie mich verstehen. Noch immer höre ich den klammenden See rauschen, und vor mir verdammen die Konturen der Karawanken, und über allem steht der Mond...

Dann rief mich Anja zurück, und ich kam, mit einem ganzen Berg noch von guten Blüten und Gedanken. Anja steht auf diesem Berg und streckt die Arme nach mir aus, wenn ich mich über den Abhang meiner Gedanken neige. Sie denkt, ich könnte stürzen. Und ich sehe es sehr tief unter mir, aber es ist eigentlich nicht grauenvoll, sondern eher lustig und lockend. Ich sehe eine Wähe dort unten und eine Wiese, und Gerda...

Anja ist eine Dichterin und kennt alle Regungen des menschlichen Herzens. Sie war schon ganz jung verheiratet und hat sich wieder scheiden lassen. Sie kann es verstehen, wenn ich dem Mädchen dort unten zwinke, nur fallen soll ich nicht. Aber wenn ich hinunterstürzte, würde Anja die erste sein, die mich wieder hinaufführt, so

Martha Guhardt: Klein-Erna

Im behaglich eingerichteten Wohnzimmer sitzt Frau Ender am Nähtisch. Es ist gegen 9 Uhr vormittags. Man hört das Hartieren der Aufwartefrau, die ab und zu ermahnende Worte an ihr vierjährige Nideldchen richtet, das spielend in der Küche sitzt und manchmal, von Reugler geplagt, der Mutter in die Zimmer machtschleicht.

Da, ein leises, schüchternes Klopfen an der Wohnzimmertür, und durch den Spalt schiebt sich auf Zehenspitzen das kleine großäugige Armeleutchen, drückt mit der Rehrseite die Tür wieder ins Schloß und legt sich, durch das Bächeln und Winken der Hausfrau ermuntert, auf die Fußbank am Nähtisch nieder. „Frau Ender, war der Milchwogen schon da?“

„Rein, Erna, er war noch nicht da.“ Ein unruhiges Hin- und Herrutschen. Nach einer Weile ist Klein-Erna verschwunden. Frau Ender erhebt sich und geht dem kleinen Geschöpfchen leise nach, welches mit den Drillschellen des Hauses ganz vertraut ist, und sieht, wie es die Tür zur Speisekammer öffnet. Gleich darauf legt sich das kleine Dingel mit seinen großen hungrigen Augen wieder am Nähtisch nieder — alles leise und wie unbemerkt — und sästert: „Ree, er woar noch nich da!“ — Seufzen! — Ueber Frau Enders Gesicht zieht ein Leuchten; es ist jeden Morgen für sie eine köstliche halbe Stunde; sie weiß, jetzt kommt wieder etwas so Drolliges, trotz der Häufigkeit nie Abgenutztes, daß es wohl lohnt, es immer wieder zu erleben.

Ein unruhiges Hin- und Herrutschen. „Frau Ender, trinkst du och gerne Milch?“ „Ja, Erna.“ „Ich och, och, ich trink sooo gerne Milch! Ist du och gerne Butterstulle?“ „Jetzt ist sie in Fahrt und wartet die Antwort nicht ab.“ „Sch ell och so gerne Butterstulle.“ Milch und Butterstulle sind für sie so herrliche Genüsse, die sie sich auf diese und ähnliche Weise jeden Vormittag bei Frau Ender holt. Stille! „Frau Ender, ich hol mer schon die Milchkomme! wenn der Milchwogen klingelt, renn ich gleich raus demitte.“

„Aber Erna, du bist doch noch zu klein; du fällst vielleicht damit.“ „Dach nee, doas koann ich schon; ich halt die Komme huch!“ Raus ist sie, und bald steht die Komme neben der Fußbank. Wieder leuchtet das Gesicht von Frau Ender auf; sie kennt alle Etappen der diesbezüglichen Unterhaltung, doch die jetzt kommende bietet immer etwas Neues. Klein-Erna ist direkt eine kleine Komödiantin; sie gibt ihrer Nummer jeden Tag einen neuen Reiz; es ist so, als müßte sie Frau Ender für die Milch und die Stulle einen Gegenstand erweisen, und da das in kindlicher Unschuld geschieht, ist es besonders rührend. Nun geht's los: „Frau Ender, kennst du Krämern?“ (Das ist der Postziff.) „Rein.“ „Weßt du, wie Krämern läuft? Poff amol uff! So läuft Krämern.“ Und schon marschiert sie mit Kniehaken und mit vorgestrecktem Bauch durchs Zimmer. Seht sich. „Kannst du Schützen?“ „Rein.“ „So läuft Schützen!“ Sie zieht die Schultern hoch, zieht den Bauch ein und markiert den langen, dünnen zweiten Postziffen. „Du, wenn Krämern kommt, renn ich fort.“ „So, warum denn?“ „Krämern sperrt dolls Kinder, die Keppel geklaut hoan, in en grahes Loch. Do renn ich mit Diti und Hilde fort; die hoan Keppel geklaut; ich nich! In en großes Loch sperrt er se, wo Ratten und Mäuse sind.“ „Ratten und Mäuse? Da häst ich aber Angst.“ Nun reißt Klein-Erna die Augen so groß, so unnatürlich groß auf: „Hooost du och Keppel geklaut?“

Das Lachen Frau Enders und die Glocke des Milchwogens klingen zusammen, und Klein-Erna schließt mit ihrer Komme durch die Tür.

Nach wenigen Minuten: „So, der Milchwoan woar da!“ Sie legt sich, stellt die Komme neben sich. Pause. Unruhiges Hin- und Herrutschen. „Frau Ender, artige Kinder betteln nich, nich woahr?“ „Pause.“ „Ich bettel och nich, nich woahr?“ „Rein, artige Kinder betteln nicht.“ Pause. „Trinkst du och gerne Milch?“ Die aufgerissenen Gucken sind nun so hungrig, daß es einen Stein erweichen könnte, und endlich hört die kleine Erna: „Mächstest du ein Töpfchen Milch trinken?“

„Doch“, laut stöhnend kommt die Bestreitung von Doof aus ihrem Mäuschen, „soo gerne, soo, soo gerne!“

Bertold Saxbaum: Alte und neue Uhren

Man kann die Zeit auf zwei Arten messen; indem man sie einem vorhandenen natürlichen Rhythmus anschließt, oder indem man einen künstlichen Rhythmus durch ein Uhrwerk schafft, dessen Gang von Zeit zu Zeit einem Naturrhythmus angepaßt werden muß. Die Achsendrehung der Erde bestimmt die Tageszeit, der Mondumlauf den Monat, die Planetenbahnzeit der Erde um die Sonne das Jahr und die Jahreszeit, wobei eine gewisse Korrektur im Interesse ganzjähriger Abrechnung erforderlich ist. Das ist alles nicht schwierig. Mehr Mühe machte die genaue Unterteilung des Tages in Stunden, Minuten und Sekunden. Diese Kleinmessung ist

ist Anja. Sie verzeiht alles, weil sie alles verstehen kann. Ich weiß nicht, woher Ihr-alles-Verstehen und Verzeihen kommt, sie selbst tut wohl nie etwas, das Verzeihen braucht.

Wenn ich Ihnen mehr von Anja erzählen soll, muß ich zunächst mit Marja beginnen. Marja ist eine Russin. Sie ist in ihrer Heimatstadt vielleicht als Kind in die roten Röcken und, wie sie noch kleiner war, im Sommer gewiß ohne Hüden herumgelaufen, hat in dumpfen Stuben und derben Betten geschlafen und abends hat ihre Mutter ihr das Haar abgefücht mit einem Kammi, es ist alles möglich, und noch dazu in Rußland. Ich weiß nicht, woher mir diese Vorstellungen kommen, außerdem sind sie gar nicht berechtigt, und Marja würde darüber böse sein oder lachen, aber für mich haben diese Vorstellungen einen großen Reiz. Marja ist heute eine Dame, und es ist vielleicht eine Raffinesse meiner Liebe zu Marja, daß ich jene Vorstellungen nähre, ich kenne aber Marja nur als „Dame“ und daneben als einen lieben Kerl, den man nicht vergessen kann. Wenn man z. B. krank gewesen ist, und Marja kommt mit Öst und Lederbissen und bleibt und steht einen an mit ihren Kana-May-Bong-Kugen, Marja? Klingt der Name nicht wie eine Balalaika? Marja! Sie schwebt über mir wie ein sanfter dunkler Schmetterling. Sie ist längst weitergezogen, irgendwohin, ich kann sie mit ihrem Lächeln nicht vergessen. Und ich erinnere mich ihres Lächelns, es weht auf mich zu, wenn ich Anja etwas sagen will, das mehr und tiefer und voller schwingt als sonst vielleicht. Ich weiß nicht, wo sie jetzt steht, ihre Spur ist verloren, vielleicht ist sie in ein buntes Netz gefallert, aber wenn sie jetzt plötzlich wieder vor mir steht, die kleine Marja mit ihrem sanften Lächeln, Anja, da müßtest du wieder manches verstehen und verzeihen können. (Schluß folgt.)

dem primitiven Menschen noch schwerer gewesen als die Kleinmessung der Rängen oder der Räume. Das einfachste wäre, der Mensch würde seinen eigenen Puls als Sekundenuhr benutzen, aber dem widerstrebt der bei den verschiedenen Menschen verschiedene Rhythmus (zwischen 60 und 90, das Schwanken des Pulses je nach Stimmung, Körperzustand) und das Fehlen der Minuten- und Stundenangaben. Jener altgriechische Krieger, der, zum Stabe seines Feldherrn gehörend, nichts anderes zu tun hatte, als den Finger auf seinen Puls zu halten und „Uhr“ zu sein, muß ein sehr phlegmatisches Temperament, eine große Zuverlässigkeit und eine geringe Intelligenz besessen haben. Es gibt auch heute Menschen mit phänomenalen Zeissinn, und ein gewisses Gefühl für die Zeit des Aufstehens macht im Unterbewußtsein der meisten schlafenden Menschen. Zuverlässiger ist aber schon das mechanische Welt.

Sonnenuhren und Wasseruhren waren schon im Altertum bekannt, und die ersteren erhielten sich in gewissem Umfang bis in die jüngste Zeit. Sanduhren tauchten im Mittelalter auf. Alles dies sind Beheile. Unter einer eigentlichen Uhr verstehen wir heute ein Räderwerk, und wenn auch das Zahnrad schon dem Aristoteles oder mindestens dem Archimedes bekannt war, so dauerte es doch bis zum 14. Jahrhundert, daß man Räderuhren mit Hemmung und Unruhe herstellte. 1509 erfand Henlein in Nürnberg die Taschenuhr, und 1656 schuf Huggens die Pendeluhr.

Wir kennen die Nachteile unserer Uhren: Sie müssen öfters zu Zeit reguliert werden, und wenn auch moderne Präzisionschronometer in 24 Stunden höchstens fünf Hundertstel Sekunden falsch geben dürfen, so ist doch das Nachregeln ein menschlicher Eingriff mit allen Unzuverlässigkeiten eines solchen. Das wirkt sich besonders bei lang dauernden Reisen oder Expeditionen aus, wo die Möglichkeit einer Zeitorientierung nach der Sonne (Durchgang durch den Meridian) nicht immer gegeben ist. Unterliegt wird die Hohen-Schiffahrt durch Zeitbälle, Kanonenschiffe, Streifenmine um die Mittagszeit, die Seeschiffahrt schon seit längerer Zeit durch das mittels Rundfunks bekanntgegebene tägliche Zeitzeichen.

Um das Regulieren einer größeren Anzahl von Uhren zu mechanisieren, verwenden größere Unternehmungen der Industrie (ebenso wie die Normalzeit G. m. b. H. in Berlin) Hauptuhren mit elektrisch angeschlossenen Nebenuhren, deren Gang sich genau mit dem der Nebenuhren anpaßt, so daß nunmehr nur noch die Hauptuhren reguliert zu werden braucht. In ein solches Netz können auch Signaltouren und Registrieruhren eingeschlossen werden.

Das Reueße aber ist die Rückkehr zum Anschluß an einen bestehenden Pulsschlag, zwar nicht mehr einen natürlichen, nicht mehr den menschlichen Herzschlag, sondern das elektrische Wechselstromnetz mit seinen regelmäßigen Perioden. Solche Uhren werden weder aufgezogen noch reguliert. Sie werden dort, wo man sie braucht, ans Leitungsnetz angeschlossen und brauchen weder Batterie noch Schüssel. Ihr genauer Gang ist gewährleistet durch eine astronomisch genau gehende Mutteruhr im Elektrizitätswerk, nach der der Maschinenwärter des Wertes die Periodenjahr der Stromerzeuger reguliert. In der einzelnen Uhr selbst ist ein kleiner Motor (Synchro-Motor) eingebaut, der genau so schnell läuft wie die Maschinen des Elektrizitätswerkes, und der durch eine Räderübertragung die Zeiger antreibt. Die spätere Zukunft wird uns vielleicht ähnliche Uhren schenken, deren Antrieb von einer Zentralfeste uns drablos erfolgt, und dann dürfte die höchste überhaupt ausdenkbare Entwicklungsstufe erreicht sein.

Blühende Blüme im Januar 1930

Von allen einheimischen Sträuchern (Bäumen) ist bekanntlich schon die Hasel dasjenige Holzgewächs, das am ersten, teils im Februar, blüht. Mit Eis bedeckt ist noch der See; noch herrscht im Walde Winters Schweigen. Sieh, da fällt Goldstaub auf den Schnee von der blühenden Hasel Zweigen! Dann kläuben die Erten und erst im April die Birken, die ja im hohen Norden sich auch recht wohl fühlen. Der diesjährige abnorm milde Winter hat nun unter anderem folgendes Kuriosum gezeitigt: Bereits am 20. Januar stäubte die Grauerle (Alnus incana), während die Haselblüten noch ganz geschlossen waren. Herr Emil Liebold machte diese Beobachtung an einem Bach, der in der Nähe der Stadt Burg bei Magdeburg fließt. Die Grauerlen sind mindestens 15 Jahre alt (zu diesem Zeitpunkt beginnt ihre Blühdauer) und stehen frei, beidseitig von allen Seiten; Meereshöhe 42 Meter. Einheimisch sind die Erten dort nicht, sondern seit 50 Jahren angepflanzt, im Gegensatz zur allgemein bekannten Schwarzenerle (A. glutinosa), die natürlich sehr verbreitet ist. Vielleicht haben andere Beobachter in diesem Januar dieselben Wahrnehmungen hinsichtlich des äußerst frühen Aufblühens der Grauerle gemacht. Auf alle Fälle muß das ungewöhnliche Datum festgehalten werden. Wenn die Schwarzenerle (synonym auch Alnus Februa genannt wird (sie blüht oft schon im Februar, aber vierzehn Tage später als die Grauerle), so könnte dieses Jahr die Grauerle Alnus Januaria getauft werden.

